

Vielfalt als Chance

Dokumentation des 1. Kasseler Integrationsgipfels

am 19. September 2008 im Bürgersaal des Kasseler Rathauses

Inhaltsverzeichnis

Seite 3	<u>Vorwort</u>
Seite 4	<u>Eröffnungsansprache von Oberbürgermeister Bertram Hilgen</u>
Seite 8	<u>Vortrag Gari Pavkovic, Leiter der Stabsstelle Integration Stuttgart</u>
Seite 14	<u>Vortrag Prof. Dr. Michael Bommers, Institut für Migrationsforschung und interkulturelle Studien, Universität Osnabrück</u>
Seite 20	<u>Auswertung durch Prof. Dr. Klaus Geiger, Kassel</u>
Seite 27	<u>Abschlussansprache von Oberbürgermeister Bertram Hilgen</u>
Seite 29	<u>Betrachtung von Ralf Pasch, Journalistenbüro Kassel</u>
Seite 31	<u>Protokolle der Arbeitsgruppen</u>

Vorwort

Der 1.Kasseler Integrationsgipfel hat uns wieder einmal die Vielfalt der Zuwanderung vor Augen geführt. Ich war beeindruckt von dem großen Engagement, mit dem sich fast 250 Menschen aktiv an der Veranstaltung beteiligt haben. Es waren Menschen mit unterschiedlichen Herkunftsgeschichten und aus unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen aktiv. Sie haben sich im positiven Sinne eingemischt. Ich bedanke mich an dieser Stelle noch einmal herzlich für Ihre Mitarbeit.

Unser Ziel war und bleibt es, alle Kasselerinnen und Kasseler in die Prozesse der Integration mit einzubeziehen. Die Ergebnisse des Integrationsgipfel werden wir in der Stadtverordnetenversammlung beraten.

Da die Stadt Kassel in den nächsten vier Jahren vom Land Hessen als Modellregion ausgewählt wurde, wollen wir unser Konzept und die weiteren Maßnahmen im Austausch mit anderen hessischen Kommunen umsetzen.

Trotz schwieriger Haushaltslage der Stadt wollen wir mit Hilfe der zusätzlichen Landesgelder vorhandene Integrationsansätze wie die Sprachförderung verstärken und insbesondere im Bereich des Sports neue Integrationsangebote aufbauen. Deshalb wird die Stelle eines/einer Integrationsbeauftragten ausgeweitet und künftig im Zukunftsbüro der Stadt Kassel, das sich heute schon mit allen anderen Fragen des demografischen Wandels befasst, angesiedelt. Der bisherigen Integrationsbeauftragten, Susanne Zinke danke ich an dieser Stelle für die geleisteten Vorarbeiten.

Bertram Hilgen
Oberbürgermeister

Wir haben gute Voraussetzungen

Eröffnungsansprache von Oberbürgermeister Bertram Hilgen

Ich freue mich sehr, dass Sie so zahlreich unserer Einladung zum Kasseler Integrationsgipfel in den Bürgersaal des Kasseler Rathauses gefolgt sind. Das Thema Integration wird die Zukunftsfähigkeit, die Lebensqualität und den sozialen Frieden unserer Stadt in den kommenden Jahren und Jahrzehnten maßgeblich beeinflussen. Wenn bereits heute ein rundes Drittel unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger Menschen mit Migrationshintergrund sind, dann wird dieser Anteil im Zuge des anstehenden demografischen Wandels noch steigen. Gerade deshalb ist es so bedeutsam, den Fokus in Politik, Verwaltung und Gesellschaft auf Integration zu richten.

Der demografische Wandel, meine Damen und Herren, ist dabei nichts, was erst demnächst stattfindet. Die Zukunft findet schon statt: bereits heute leben in Kassel Menschen aus insgesamt 153 Nationen zusammen, die ihre jeweilige Kultur, ihre Religion und ihre sozialen und gesellschaftlichen Prägungen mit- und einbringen. In den städtischen Kitas und Horten hatten im Sommer diesen Jahres 43 Prozent der Kinder einen Migrationshintergrund. In der Kita Struthbachweg in der Nordstadt haben 89 Prozent der Kinder aus insgesamt 22 Nationen Migrationshintergrund, in der Kita Sara-Nußbaum-Haus etwa sind es 78 Prozent aus 21 Nationen. Man sieht: wir werden nicht bunt, wir sind es schon.

„Vielfalt als Chance“ so bringt das plakative Motto der heutigen Veranstaltung unsere Zukunftsperspektive auf den Punkt. Ziel unserer Integrationsarbeit muss es vor allem sein, in einer zunehmend vielfältiger werdenden Gesellschaft Chancengerechtigkeit zu erreichen. Herkunft, Sprache, Bildungsgrad, Erwerbstätigkeit oder die Lebens- und Wohnsituation sind ausschlaggebende Faktoren für die Möglichkeiten der Teilhabe in unserer Gesellschaft. Der Bildung und dem Spracherwerb kommen dabei ganz herausgehobene Bedeutung zu. Die Sprache ist der Schlüssel zu allem anderen, oder umgekehrt: ohne Sprachkenntnisse ist keine Integration möglich.

Der Anspruch an Integrationspolitik, an alle Integrationsprozesse und -maßnahmen muss es zum einen sein, dass sie sich an der Lebenswirklichkeit der Menschen orientieren und sich den aktuellen Fragen und Entwicklungen objektiv stellen. Zum anderen müssen erfolgreiche Integrationsbemühungen unbedingt von Beidseitigkeit getragen sein. Migrantinnen und Migranten und die vorhandene Stadtgesellschaft /die Aufnahmegesellschaft, beide müssen sich ehrlich auf den Weg machen, müssen gegenseitig integrationsfähig werden.

Das bedeutet für alle auch Veränderung. Veränderungen ist meistens anstrengend, häufig auch schwierig, vielleicht nicht immer konflikt- oder angstfrei - aber in jedem Falle ohne Alternative, denn wir wollen miteinander und nicht nebeneinander leben in unserer Stadt.

Diese notwendigen Veränderungsprozesse in unserer Stadt - wo nötig - anzustoßen und zu gestalten oder - wo bereits bestehend - konstruktiv zu begleiten und zu verstärken, auch dazu dient die heutige Veranstaltung. Vorhandenes miteinander zu sichten, zu bilanzieren und zu bewerten, um daraus für unserer zukünftige gemeinsame Arbeit entsprechende Schlussfolgerungen, Ziele und Handlungsansätze zu formulieren, darum wird es heute gehen.

- Was tun wir bereits?
- Wo sind wir hier in Kassel schon gut vorangekommen?
- Wo gibt es vielleicht Defizite, Überschneidungen, Probleme und Gemengelagen?
- Wo müssen wir vielleicht auch ganz neu und mit verstärkten Kräften ansetzen?
- Wo müssen wir bei gegebenen Ressourcen aber unter Umständen auch Schwerpunkte und Prioritäten setzen?

Antworten auf diese und sicherlich noch weitere Fragen wollen wir heute gemeinsam finden und in diesem Sinne bin ich sehr dankbar, dass der Blick in die Runde deutlich macht, dass wir mit Ihnen allen die geballte Kompetenz unserer Stadt in Sachen Migration und Integration für die heutige Veranstaltung im Rathaus gewinnen konnten. Integration ist eine Querschnittsaufgabe, nicht nur für die Stadtverwaltung, sondern für die Stadtgesellschaft insgesamt und es ist bereits ein toller Erfolg, dass wir heute aus eigentlich allen gesellschaftlichen und thematischen Bereichen Fachpromotoren und Multiplikatoren unter uns haben.

Ein Blick in den Saal macht ein weiteres deutlich, nämlich die Tatsache, dass wir uns in Kassel bei der anstehenden Intensivierung und dem Ausbau der Integrationsförderung in einer guten, ich möchte sagen, in einer sehr guten Ausgangssituation befinden.

Kassel, als die Stadt, die bereits in den zurückliegenden Jahrhunderten große Integrationsleistungen vollbracht hat, die Stadt, die in der Stadtentwicklung seit jeher und jenseits aller parteipolitischen Grenzen immer besonderes Augenmerk auf Toleranz und die Wahrung des sozialen Friedens gelegt hat und als die Stadt, die bereits 1981 - übrigens als erste Kommune in Hessen - einen Ausländerbeirat eingerichtet hat. Diese Stadt, meine Damen und Herren, verfügt über eine bemerkenswerte Qualität und Breite an Organisationen, Einrichtungen, Vereine und Institutionen, die im Bereich Integration bereits - zum Teil seit vielen, vielen Jahren - großartige Arbeit leisten. Auf diesem breiten und tragfähigen Fundament lässt es sich gut aufbauen, da bin ich sicher.

Vor uns liegt ein arbeitsreicher Tag mit einem umfangreichen Programm und sicherlich vielen engagierten Diskussionen zu den insgesamt acht Themenbereichen Sprachförderung, Bildung, Berufliche Qualifikation, Freizeit/Sport, Kultur, Religion, Seniorinnen und Senioren sowie Gesundheit. Für die Bereitschaft, Zeit und Engagement zu investieren und sich in diesem Rahmen einzubringen, möchte ich mich bereits an dieser Stelle bei Ihnen allen bedanken. Bedanken möchte ich mich ebenso bei denjenigen, die die Arbeit und die Diskussionen nachher moderieren und unterstützen werden, ebenso wie bei Herrn Professor Dr. Geiger, der die Eindrücke und Impulse der verschiedenen Arbeitsgruppen für uns „einfangen“ wird.

Ein weiterer herzlicher Dank geht an die vorbereitende Arbeitsgruppe, die sowohl die Veranstaltungsplanung wie auch die Befragungsaktion im Vorfeld intensiv begleitet und unterstützt hat. Die Ergebnisse, die mit Unterstützung der Universität ausgewertet und aufbereitet wurden, stehen erfreulicherweise heute für eine fundierte Diskussion in den verschiedenen Gruppen zur Verfügung und werden sicherlich sehr hilfreich sein. Stellvertretend für alle Beteiligten, die in dem Vorbereitungsgremium mitgewirkt haben, möchte ich hier die Mitglieder des Arbeitskreises Integration namentlich nennen: Frau Klinger-Meske vom Diakonischen Werk Kurhessen-Waldeck, Frau Wegner vom Kulturzentrum Schlachthof, Frau Zavelberg-Simon vom Caritatsverband und Herrn Brieger vom Internationalen Bund Kassel. Ihnen und allen weiteren Mitwirkenden Dank für die engagierte Vorarbeit!

Bevor wir uns jetzt in den Workshops an die Arbeit machen, wollen wir uns noch mit zwei Fachreferaten auf die heutige Thematik einstimmen. Ich freue mich sehr, dass es gelungen ist, für den heutigen Vormittag zwei hochkarätige Experten zu gewinnen. Ich begrüße sehr herzlich in Kassel Herrn Gari Pavkovic und Herrn Professor Dr. Michael Bommers. Herrn Pavkovic ist Integrationsbeauftragter in Stuttgart, der Stadt also, die in den vergangenen Jahren bereits vorbildliche Arbeit im Bereich der Integration geleistet hat. Herr Pavkovic wird uns heute - neudeutsch würde man sagen, im Sinne des „best practice“ - über seine Arbeit und seine Erfahrung berichten. Wir freuen uns auf Ihre Ausführung, Herr Pavkovic, und hoffen, wir können einiges lernen und für unsere eigene Arbeit ableiten. Herr Professor Dr. Bommers, meine Damen und Herren, gehört zu den führenden deutschen Wissenschaftlern und Fachleuten in Bereich Migrationsforschung. Er leitet heute das Institut für Migrationsforschung und interkulturelle Studien an der Universität Osnabrück und wird uns unter der Überschrift „Integration in Kommunen - was ist zu tun?“ einen Überblick über die Gesamt-Thematik des heutigen Tages geben. Sehr geehrter Herr Bommers, auch Ihnen ein herzliches Willkommen in Kassel.

Bevor ich gleich Herrn Pavkovic um das Wort bitte, möchte ich abschließend einen letzten Dank aussprechen. Er gilt unserer Integrationsbeauftragten Susanne Zinke. Sie nimmt diese Aufgabe seit

Anfang des Jahres wahr. Mit der Einrichtung dieser neuen Funktion unterstreicht die Stadt Kassel die Bedeutung, die wir dem Thema beimessen. Dem Integrationsgipfel wünsche ich einen guten und konstruktiven Verlauf.

Interkulturelle Öffnung ist Professionalisierung

Von Gari Pavkovic, Leiter der Stabsstelle Integration Stuttgart

Ich werde heute von den integrationspolitischen Gipfelerfahrungen in Stuttgart und der anschließenden Umsetzung in die kommunale Praxis berichten. Solche Gipfelkonferenzen wie die in Kassel, sind sehr wichtig, weil sich alle potenziellen Partner darüber verständigen müssen, was die Ziele, die Grundlagen, die Handlungsfelder, die Strategien sind. Der zweite Gipfel ist dann angesagt, wenn man die Früchte einer aktiven kommunalen Integrationsarbeit erntet. Noch eine zweite Vorbemerkung: Das Gelingen einer erfolgreichen Integration sieht man nicht! Integration wird vor allem dann ein Thema, wenn Probleme auftreten - im Zusammenleben zwischen Migranten und Nicht-Migranten, oder wenn unzureichende Integration zu Fehlentwicklungen bei den Betroffenen oder in der Gesellschaft führt.

In Stuttgart ist die Bildung ein zentrales, vielleicht das zentrale Handlungsfeld unserer kommunalen Integrationsarbeit. Mit anderen Worten: In Stuttgart haben wir noch keine fairen Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen. Da Schulerfolg sich vor allem in der Schule entscheidet und Schule Landessache ist, wäre zu diskutieren, inwieweit die Kommunen überhaupt hierauf Einfluss nehmen können.

Die Praxis sieht in Stuttgart grundsätzlich nicht anders als in anderen deutschen Großstädten aus. Wir haben viele Regelangebote, die sich gezielt oder überwiegend an Migranten richten. Unsere Handlungsfelder sind – ähnlich wie in Kassel - neben der Sprach- und Bildungsförderung, die berufliche Qualifizierung, die Arbeitsförderung, die Integration durch Sport, interkulturelle Kulturarbeit, die Einbindung der Religionsgemeinschaften in die kommunale Integrationsarbeit. Wenn wir über den Dialog der Stadtgesellschaft mit den Religionsgemeinschaften reden, dann reden wir in Stuttgart auch nicht über die Buddhisten, sondern darüber, wie wir eine Vertrauensebene zwischen islamischen Bürgern und der übrigen Stadtgesellschaft schaffen. Wichtige Themen sind für uns in Stuttgart auch die Gesundheit, ältere Migranten, Familie und Frauen, Flüchtlinge. Bundes- und landespolitisch sind Flüchtlinge keine Zielgruppe der Integrationspolitik, aber sie leben auf Zeit in unserer Stadt. Wenn eine Familie zehn oder 15 Jahre geduldet wird, gehört sie dazu, dann müssen wir ihr die Teilhabe ermöglichen, zumindest soweit es von kommunaler Seite möglich ist.

In Stuttgart haben 40 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner neudeutsch einen Migrationshintergrund oder eine Zuwanderungsgeschichte. Also etwa die Hälfte der Bevölkerung ist ausländischer Herkunft. Stellen Sie sich vor, diese Menschen wären alle weg! Daimler, das Staatstheater, die Universität und die Hälfte der Kindergärten müsste dicht machen. Die Stadt wäre ein Altersheim und nicht zukunftsfähig. Bei den Stuttgartern mit Migrationshintergrund haben wir zwar auch überproportional viele benachteiligte Bevölkerungsgruppen, aber es gibt auch die sogenannte kreative Klasse, der wichtige Motor für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Wir sind auf unsere Einwanderer und Einwanderinnen angewiesen, um als schrumpfende und alternde Gesellschaft zukunftsfähig zu bleiben.

Die neuen Stuttgarter sind Bestandteil der Gesellschaft, sie werden es bleiben, und das ist gut so. Doch es gibt in Stuttgart auch Vorbehalte seitens der alteingesessenen Bürger. Das ist in

Stadtgebieten mit besonderem Erneuerungsbedarf besonders auffällig. In Kassel ist von Kindertagesstätten mit 90 Prozent-Migrantenanteil die Rede. Das ist in Stuttgart ähnlich. Wir haben nicht „Klein-Istanbul“ oder „Little Italy“, also das, was man unter Parallelgesellschaft versteht. Wir haben Höhen- und Kessellagen. Auf der Höhe leben die Einkommensstarken, im Kessel die Einkommensschwachen, unter ihnen sehr viele Migranten. Soziale Benachteiligung, das Fehlen von sozialem Kapital und Unterstützungssystemen, materielle Armut, Bildungsarmut - das sind zwar auch Integrationsprobleme, aber es sind zunächst soziale Probleme. Eine gute Sozialpolitik ist auch immer Integrationspolitik. In Stuttgart ist das, was man Benachteiligtenförderung nennt, der Schwerpunkt unserer Arbeit. Migranten als Benachteiligte sind eine Zielgruppe in der Integrationspolitik.

Doch es geht auch darum, die qualifizierten Migranten - Handwerksmeister, Beschäftigte der Universität, Wissenschaftler - als Fachleute in die Integrationspolitik einzubeziehen. Es ist uns sehr wichtig, Integration für Migranten auch mit Migranten zu betreiben. Das heißt aber auch, sie zu qualifizieren - etwa im Rahmen des Angebots für Ehrenamtliche. Das ist sehr schwierig, weil Integrationsarbeit mitunter äußerst anspruchsvoll ist. Da braucht man professionelle Begleitung. Engagierte Rentnerinnen und Rentner, die sich früher an der Integrationspolitik beteiligt haben, bekämen einen Kulturschock, würden sie in eine Hauptschule kommen, in der es 80, 90 oder 100 Prozent Migrantenkinder, noch dazu pubertierende Jugendliche, gibt, die sich in der 8. Klasse noch gar keine Gedanken machen, was sie beruflich machen wollen oder schon ein Verlierer-Bewusstsein haben.

Wir verstehen unter Integration die gleichberechtigte Teilhabe der Migranten am gesellschaftlichen Leben der Stadt. Das ist das Ziel, noch nicht der Ist-Stand. Gleichberechtigte Chancen müssen vor allem in den Bereichen Bildung- und Sprachförderung geschaffen werden. Aber auch zu Hause, im Kindergarten, in der Schule und in der Erwachsenenbildung. Faire Teilhabe, Chancen beim Zugang zu Arbeit und Wohnen - das sind die Motoren der Integration. Bei der Inanspruchnahme kommunaler Dienstleistungen, bei der Jugendhilfe, im Gesundheitsdienste, in der Altenhilfe und der Kultur müssen Migranten, wie alle anderen Menschen als Kunden, aber auch als Akteure vertreten sein. Also müssen auch Migranten als Beschäftigte für den öffentlichen Dienst gewonnen werden.

Wenn ich sagte, wir haben einen Migrantenanteil von 80 bis 100 Prozent an unseren Hauptschulen, dann geht es um die Schüler und nicht um die Lehrer. Deren Anteil liegt bei unter fünf Prozent. Doch qualifizierte Migranten, die zusätzlich noch eine Sprache beherrschen und die Erfahrung gemacht haben, wie es ist, als Minderheit aufzusteigen, sind wichtige Vorbilder für Kinder und Jugendliche. Wir haben in Stuttgart die Kampagne „Migranten machen Schule“ gestartet. Dabei geht es sowohl um Vielfalt im Klassenzimmer wie im Lehrerzimmer. Wir arbeiten mit Hochschulen zusammen, veranstalten Kampagnen in Gymnasien, weil dort die Zielgruppe für den späteren Lehrerberuf sitzt. Die Schüler sollen ein Gespür und Interesse dafür entwickeln, dass der öffentliche Dienst mit dem Schwerpunkt Migrantenarbeit ein interessanter Beruf für sie sein könnte.

Eine gleichberechtigte Teilhabe muss natürlich auch politische Beteiligung ermöglichen. Wir haben kein kommunales Wahlrecht für Drittstaatsangehörige, das werden wir in nächster Zeit auch nicht bekommen, die politischen Verhältnisse auf Bundesebene sprechen dagegen. Wir sagen in Stuttgart: Leute bürgert euch ein! Unionsbürger haben ein kommunales Wahlrecht, ein Europawahlrecht, Drittstaatsangehörige nicht. Die meisten Drittstaatsangehörigen, zumindest in Stuttgart, leben schon seit Jahrzehnten in Deutschland. Wir schlagen ihnen vor: Nehmt den deutschen Pass an, dann habt ihr die gleichen Rechte - die gleichen Pflichten habt ihr schon!

Was tun wir in Stuttgart für die Integrationsarbeit? Der erste Schritt: Sie brauchen Personen, die die Integrationsarbeit auf kommunaler Ebene als Querschnittsaufgabe der Verwaltung moderieren und koordinieren. Früher war das der Ausländerbeauftragte, heute heißt er Integrationsbeauftragter. Er sollte kein Kümmerer für die Ausländer sein, und man sollte ihn nicht nur dann besuchen, wenn es um Probleme geht. Was ist eine Querschnittsaufgabe? Integration ist eine Aufgabe der Verwaltung insgesamt, vom Kindergarten bis zur Altenhilfe, vom Jobcenter bis zum Kulturamt, es ist auch eine Aufgabe der Stadtplanung und der Stadtentwicklung. Ein Moderator und Koordinator ist nötig, weil man in vielen Ressorts zunächst nicht an Migranten denkt. Sie brauchen immer wieder Impulse, wie die Integration zu berücksichtigen ist. Es ist ähnlich wie bei der Gender-Thematik. Inzwischen gibt es – mehr oder weniger - ein Bewusstsein für die Gleichstellung von Männern und Frauen. In der Integration können wir dieses Bewusstsein noch nicht voraussetzen, auch wenn wir die Zahlen wiederholen, wie viele Migranten es gibt.

Wo braucht man interkulturelle Kompetenz? Die ist natürlich anders bei der Arbeit in den Familien als im Planungsrecht. Auch wenn Sie Integration als Gemeinschaftsaufgabe der Bürgergesellschaft verstehen - also als Aufgabe der Freien Träger, Vereine, Verbände, Kirchen -, muss auf der strategischen Ebene eine Person die koordinierende und moderierende Funktion übernehmen. Deshalb freue ich mich, das Kassel mit Frau Zinke eine Integrationsbeauftragte hat. Stuttgart hat seit den 80er Jahren eine Stabsstelle, die damals Ausländerbeauftragter hieß. Am Anfang gehörte sie zum Sozialamt, 2001 wurde die Stelle dem Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters zugeordnet. Als ich 2001 anfang, gab es im Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters drei Stellen, inzwischen haben wir zwei weitere bekommen. Wir haben ein Projektbudget von 70 000 Euro im Jahr, auch um Anreize für Projekte der Bürgergesellschaft zu geben. In diesem Bereich gibt es oft das Problem, dass etwas cofinanziert werden muss, was den Projekten oft nicht gelingt, wir wollten mit unserem Modell einspringen.

Was muss ein Integrationsbeauftragter tun? Das hängt zum Teil davon ab, welche Aufgaben man sich stellt oder welche man übernimmt. Wir wollen die Schule verbessern, wollen ein abgestimmtes Maßnahmensystem für den Übergang von der Schule zum Beruf hinkriegen, gemeinsame mit der Agentur für Arbeit, der ARGE, mit Schulbehörden, den freien Trägern, die alle gute Arbeit machen, aber untereinander konkurrieren ... Dies sind alles wichtige Aufgaben für einen Integrationsbeauftragten, doch man muss einen Schwerpunkt setzen, sonst verzettelt man sich.

Der zweite Schritt zu einer erfolgreichen Integrationsarbeit: Es braucht eine Vereinbarung, ein Grundlagenpapier, das Ziele, Leitlinien und Handlungsfelder der Arbeit beschreibt. 2001 entstand bei uns ein solches Papier mit dem Titel „Stuttgarter Bündnis für Integration“. Die Erwartungen der Politik, der Verwaltung und der Gesellschaft war sehr groß, weil der Oberbürgermeister eine Neuausrichtung für die Integrationspolitik angekündigt hatte. Wir stimmten zunächst verwaltungsmäßig ab, was wir tun wollen. Wir wollten mehr Stadtteilbezug, keine Integrationspolitik speziell für Türken, für Russland-Deutsche, für Italiener, sondern nach sozialen Lebenslagen. Wir wollten dieses Konzept selbst als ein Grundlagenpapier erarbeiten, das weiterentwickelt wird - ohne Beteiligung von außen, wie etwa in Essen. Wenn man das strukturell angehen und nicht nur mehrsprachige Broschüren heraus geben will, ist Personal nötig. Der Gemeinderat beschloss das Papier. Wir hatten drei Stellen auf der Wunschliste, zwei haben wir bekommen.

In einem nächsten Schritt veranstalteten wir ein Hearing, einen Integrationsgipfel, dort stellten wir das Grundlagenpapier vor. Wir fragten die Freien Träger und Schulen, die Migrantenvereine und

sozialen Unternehmen, ob wir auf dem richtigen Weg sind. Wir bekamen eine Rückmeldung und überarbeiteten das erste Papier. Es befindet sich im Prinzip in ständiger Überarbeitung. Den letzten Stand aus dem Jahre 2007 kann man sich auf www.stuttgart.de herunterladen.

Wir haben uns in Stuttgart dafür entschieden, nicht jedes Jahr einen Tätigkeitsbericht zu liefern. Stattdessen entwickeln wir die Konzeption weiter und können so auch Praxisbeispiele vorstellen. Wir haben auch externe Experten in Stuttgart, es gibt zum Glück seit 2003 ein Integrationskonzept auf europäischer Ebene. Wir haben auf europäischer Ebene eine Konferenz zur Integration veranstaltet, bei der wir dem Europarat den Stuttgarter Ansatz vorstellten und die kommunalen Partner aus anderen Ländern fragten: Wo stehen wir, wo steht ihr?

In Stuttgart gibt es seit 1983 einen Ausländerausschuss, der heute Internationaler Ausschuss heißt. Er wird bei uns nicht direkt gewählt, sondern nach Handlungsfeldern berufen. Es ist kein Beirat, sondern ein beratender Ausschuss des Stadtparlaments. Stadträtinnen und Stadträte sind in der Mehrheit, daneben gibt es sachkundige Bürger, die in diesen Ausschuss berufen werden.

Unser dritter Schritt hieß: Anfangen! Als ich 2001 meine Arbeit begann, konnte ich auf 20 bis 25 Jahre der Arbeit meines Vorgängers aufbauen, ich musste also nicht bei Null anfangen. So wie Kassel jetzt nicht bei Null anfängt, nur weil Frau Zinke nun da ist. Als Stabsabteilung in der Integrationspolitik haben wir auch selbst Projekte initiiert, koordiniert oder durchgeführt, zum Beispiel Deutschkurse, und das bereits vor dem Zuwanderungsgesetz. In Kooperation mit dem Land Baden-Württemberg boten wir wohnortnahe Deutschkurse in Stadtteilen an. Wir schauten uns zuvor um, wie andere Städte das angegangen hatten. Etwa Frankfurt, wo „Mama lernt Deutsch“-Kurse in Schulen für Eltern angeboten wurden. Da ist Deutsch das Medium, über das vermittelt wird, wie man sein Kind im deutschen Schulsystem unterstützen kann. Eltern sollen Empfehlungen bekommen, wie sie ihr Kind unterstützen können, damit es in der Schule erfolgreich ist. Wir entwickelten das Konzept für uns weiter und haben inzwischen auch ein Lehrwerk, es heißt „Mama lernt Deutsch“ und wird vom Klett-Verlag herausgegeben.

Seitdem durch das Zuwanderungsgesetz die Integrationskonzepte des Bundes hinzukamen, koordinieren wir in Stuttgart alle Deutschkurse im Erwachsenenbereich. Die Kurse, die die Stadt finanziert, die Stadtteilkurse und die „Mama-lernt-Deutsch“-Kurse laufen weiter, auch nach 2005. In diesen wohnortnahen, schulbezogenen Kursen sehen wir einen Einstieg, die Vorstufe zum Integrationskurs. Ein Integrationskurs reicht nicht aus für Personen, die zum Beispiel einen deutschen Schulabschluss nachholen oder sich für einen qualifizierten Beruf ausbilden lassen wollen. Es ist also eine Koordinierung der verschiedenen Angebote nötig.

Zunächst ist allerdings die Frage, wie kommen die Leute möglichst schnell zum Deutschkurs? In Stuttgart gibt es wie in anderen Städten eine Erst-Anlaufstelle für alle Erwachsenen, die einen solchen Kurs belegen wollen oder sollen. Sie befindet sich in der Nähe der Ausländerbehörde und ist beim Sozialamt angesiedelt. Dort machen die Migrationsdienste die Erstberatung für Neuzuwanderer, die Kollegen vom Sozialamt machen Erstberatung für deutsche Staatsbürger mit schlechten Deutschkenntnissen, die früh eingebürgert wurden, oder Arbeitslosengeld-II-Empfänger. Unser Ziel ist, dass die Betroffenen passgenau einen Kurs bekommen. Wir haben auch Kooperationsvereinbarungen, dass während des Deutschkurses der Träger die Teilnehmer begleitet und mit ihnen nach dem Kurs überlegt, wie es weitergeht. Das Problem bei der Integration sind immer die Übergänge, etwa wenn die Schule endet und die berufliche Ausbildung beginnt, da geraten viele Jugendliche in die Warteschleife, auch beim Deutschkurs ist das ein Problem. Man kann

600 oder 900 Stunden Deutsch lernen, man verlernt aber auch 900 Stunden Deutsch, wenn man anschließend keine Möglichkeit hat, die Sprache anzuwenden.

Ich ärgerte mich lange über die Schulstatistik der Stadt Stuttgart. Demnach gehen 60 Prozent der ausländischen Kinder von der Grundschule in die Hauptschule, und 60 Prozent der Deutschen gehen von der Grundschule ins Gymnasium. Das scheint schicksalhaft in Stuttgart zu sein. Wir setzten uns deshalb mit dem Staatlichen Schulamt und ein paar engagierten Schulleitungen zusammen und fragten, was sie von der Stadt benötigen, damit es besser wird. Die Vertreter der Schulen sagten, dass individuelle Begleitung und Förderung für die Kinder nötig ist, möglichst von Anfang an. Das könne nicht Rahmen des Unterrichts stattfinden, die Ausstattung mit Lehrern und die Unterrichtsorganisation ließen das nicht zu.

Wir entwickelten sehr viele Projekte mit Drittmitteln und mit Ehrenamtlichen. In Grundschulen ist ein Modell für das Erlernen der deutschen Sprache in den Ferien entwickelt worden. In weiterführenden Schulen haben wir ab Klasse 5 Studenten, die Förderunterricht in Deutsch, Mathe und Englisch anbieten. In Klasse 8 und 9 haben wir ehrenamtliche Senior-Partner. Wir sagten uns: Wir haben ein Kompetenz-Team, von Nicht-mehr-Berufstätigen, und wir haben junge Menschen, die eine individuelle Begleitung brauchen, die sie oft auch im Elternhaus nicht bekommen. So brachten wir viele Mentoren-Programme auf den Weg, die auch im vierten Jahr noch funktionieren.

Selbstkritisch müsste ich sagen, dass es nicht die strategische Aufgabe eines Integrationsbeauftragten ist, solche Projekte zu organisieren. Ich sagte ja, Integration ist eine Querschnittsaufgabe. Wir hätten auf die Jugendhilfe zugehen und sagen müssen: Das ist euer Job! Doch wir haben es übernommen. Der Oberbürgermeister hatte sich stark gemacht für das Projekt, und durch die gute Berichterstattung in den Medien konnten wir weitere ehrenamtliche Mentoren gewinnen.

Der Vorteil davon, wenn man als Integrationsbeauftragter Projekte anschiebt, ist eine starke Medienresonanz. Ich habe noch nie einen Presseartikel über die interkulturelle Öffnung der Verwaltung in Stuttgart gelesen. Aber der Jugendliche, der nach der dritten Warteschleife eine Ausbildung bekommen hat, wird in der Zeitung zu finden sein. Der Nachteil ist, dass eine Stelle für Ausländer zuständig zu sein scheint und die anderen Ämter sich nicht dafür verantwortlich fühlen müssen. Interkulturelle Öffnung und Ausrichtung der Verwaltung ist auch in Stuttgart ein Handlungsfeld. Wir sagen: Der Integrationserfolg hängt nicht nur von der Bereitschaft der Migranten ab sich zu integrieren.

In Stuttgart gehen über 90 Prozent aller Kinder in den Kindergarten. Auch die Kinder aus türkischen Familien, die Hartz IV-Empfänger sind und zu Hause ist. Wir haben in Stuttgart eine Schulpflicht. Wir mussten aber feststellen, dass nach drei Jahren Kindergarten, viele Kinder nicht genügend Deutsch können, sie können keine Drei-Wort-Sätze bilden, besagen die Einschulungsergebnisse. Die Handwerkskammer Stuttgart beklagt, dass die Jugendliche nach neun Jahren Schule nicht ausbildungsreif sind und keine Bewerbung ohne Rechtschreibfehler schreiben.

Drei Jahre Kindergarten, neun Jahre Schule, das sind 12 Jahre institutionelle Bildungserfahrung. Da muss man eigentlich alles können. Da geht es nicht nur darum, was Migranten können und was nicht, sondern: Was müssen – wenn Sie so wollen – alle unsere Integrationsagenturen tun, damit sie gute Arbeit leisten, vom Kindergarten bis zur Altenhilfe? Das verbirgt sich hinter der vielzitierten interkulturellen Öffnung: Wir wollen eine Professionalisierung der Arbeit in den Institutionen, damit

Integration auch gelingt. Es funktioniert in Stuttgart dort gut, wo wir konstruktive, vertrauensvolle Kooperationsnetzwerke auf der persönlichen Ebene aufgebaut haben. Im Jugendamt, im Gesundheitsamt, im Staatlichen Schulamt, ansatzweise im Sozialamt und im Kulturamt. Abteilungs- oder Dienststellenleiter treiben das Thema voran. Interkulturelle Öffnung kann man auf dem Papier ankündigen, aber man braucht die Menschen, die sie umsetzen.

In Stuttgart ist das Problem, dass wir sehr viele Fortbildungen haben. Nicht nur zum Thema Migration und Integration. Sie sind als freiwillige Fortbildungen für die Beschäftigten ausgeschrieben. Da geht der Amtsleiter mit seiner Kollegin zu einer Fortbildung „Interkulturelle Kompetenz in der Beratung“, sein Kollege jedoch nicht. So entwickeln sich Spezialisten für bestimmte Themen, aber keine interkulturelle Kompetenz in den Institutionen. Deshalb sind wir dazu übergegangen, sogenannte In-House-Fortbildungen zu organisieren, so dass sich ganze Institutionen oder Dienststellen fortbilden und an einem Thema arbeiten. Es geht um die Sensibilität für die Frage: Wo spielt Migration, und wo spielt Kultur eine Rolle – oder spielt beides keine Rolle? Denn viele Probleme sind sozialer oder familiärer Natur. Dafür ist eine gewisse Sensibilität nötig.

Interkulturelle Öffnung muss nach außen sichtbar sein. Deshalb ist Mehrsprachigkeit wichtig, etwa bei der Beratung. Wir haben in Stuttgart deshalb einen Dolmetscherdienst. Wir brauchen jedoch auch mehrsprachige Fachleute, die die wichtigsten Migrantensprachen beherrschen, denn bei bestimmten Themen ist es auch mit Dolmetschern schwierig. Interkulturelle Öffnung ist also kein Selbstzweck, sondern professionelles Handeln.

Integration routinisieren

Von Prof. Dr. Michael Bommers, Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien, Universität Osnabrück

Man muss heute – anders als vor zehn Jahren - niemandem mehr erklären, dass das Thema Integration wichtig ist. Allerdings ist man gegenwärtig etwas irritiert angesichts des hochgradigen Aktivismus. Man könnte sagen: Gut, dass etwas passiert! Die Frage ist jedoch: Warum mobilisiert dieses Thema? Gegenwärtig mobilisiert es insbesondere Kommunen. Sie scheinen ja hinreichend mobilisiert zu sein, wenn Sie einen Kasseler Integrationsgipfel veranstalten. Es gibt eine Menge Kommunen, die Integrationsgipfel organisieren. Deutschland ist - wie es bei den nationalen Integrationsgipfeln heißt - in Aufbruchsstimmung.

Integration ist in den Kommunen bedeutsam, heißt es immer wieder, weil die Integration vor Ort stattfindet. Dem werden alle zustimmen. Ich finde diese Formel einerseits sinnvoll. Doch einiges daran ist auch schräg. Alles was geschieht, geschieht irgendwo, und sofern es irgendwo geschieht, geschieht es auch vor Ort. Das trifft nicht nur auf die Integration zu. Sie findet zwar vor Ort statt, jedoch nicht unter Bedingungen, die vor Ort geschaffen worden sind. Jeder der seinen Arbeitsplatz verliert, weiß, dass irgendwo auf der Welt etwas passiert ist, das dazu geführt hat. Aber was kann man dann vor Ort tun?

Integration ist kein Problem von Migranten. Integration ist ein Problem, das etwa so alt wie die moderne Gesellschaft ist. In dieser Gesellschaft gehört niemand ganz selbstverständlich dazu. Von wem Sie abstammen oder wo Sie geboren sind, legt in vielerlei Hinsicht ihre sozialen Möglichkeiten gerade nicht fest. Ob Sie etwa im Bildungsprozess erfolgreich sind, hängt nicht davon ab, wer Ihr Vater ist. Sie müssen sich im System behaupten. Gelingt Ihnen das nicht, gehören Sie nicht dazu. Selbst Familien sind heute keine Einrichtungen, die sich selbstverständlich herstellen. Sie stellen sich her und lösen sich wieder auf. Alle Individuen müssen sich darum bemühen, an den Bereichen in der Gesellschaft teilzunehmen, die für ihre eigene Lebensführung bedeutsam sind. Wem es gelingt, an Bildung oder an Arbeit erfolgreich teilzunehmen, in Familien zu leben, dem gelingt es auch meist besser, politischen Einfluss auszuüben, seine Rechte durchzusetzen, gesünder zu sein.

Bildung, Arbeit und Familie sind die drei Bereiche der Gesellschaft, die offenbar wichtig sind, damit man auch in anderen Bereichen integriert ist. Und in diesen drei Bereichen muss man eine Leistungsrolle einnehmen. Die Publikumsrolle nehmen Sie ein, wenn Sie zum Arzt oder zum Ihrem Rechtsanwalt gehen, wenn Sie die Massenmedien beobachten. Wenn Sie jedoch arbeiten, nehmen Sie eine Leistungsrolle ein. Auch in der Schule oder in der Familie muss man etwas leisten. Das scheinen Kerneinrichtungen der modernen Gesellschaft zu sein.

Das, was wir heute als Sozialstaat kennen und was man international einen Wohlfahrtsstaat nennt, kam angesichts der Erfahrung in die Welt, dass Integration in der modernen Gesellschaft riskant ist. Wohlfahrts- oder Sozialstaaten versuchen, Randbedingungen zur Verfügung zu stellen, unter denen Individuen eine riskante Integration gelingen kann. Damit ist zunächst klar: Integration ist kein Sonderproblem, aber es ist ein Problem, das dieser Gesellschaft gut vertraut ist, auch als sie noch nicht über Migranten sprach. Das ist die erste Normalisierung.

Die zweite: Der Migrant unterscheidet sich nicht von anderen Menschen. Er tut etwas, was allen Individuen abverlangt wird. Wenn Teilnahme und Zugehörigkeit nicht gewiss sind, dann müssen Sie dorthin gehen, wo Sie die Teilnahme realisieren können. Wollte man Migration definieren, könnte man sagen: Migration ist geografische Mobilität zum Zwecke der Realisierung von Teilnahmechancen. Als Nichtmigrant werden Sie es zu spüren bekommen, wenn Sie im Arbeitsamt sitzen, und man Ihnen sagt: In dieser oder jener Stadt gibt es eine Arbeitsstelle, die können Sie annehmen. Wenn Sie diese Chance nicht wahrnehmen, hat es Folgen. Migration ist Teil der Mobilitätserwartung der modernen Gesellschaft. Alle müssen migrieren, nur werden nicht alle als Migranten registriert.

Was unterscheidet den Migranten vom durchschnittlich mobilen Individuum, das viel herum gekommen ist? Im Kern natürlich der Sachverhalt, dass er eine Staatsgrenze überschritten hat. Staaten waren die Einrichtungen, die historisch die innere Mobilität also die Voraussetzung für den modernen Arbeitsmarktes, realisierten. Um sich auf die Kommunen zu beziehen: Im 19. Jahrhundert gab es zum Beispiel in Preußen das Heimatrecht. Wenn jemand verarmte, der nicht in der betreffenden Kommune geboren war, konnte er weggeschickt werden. Er musste dorthin gehen, wo er geboren wurde, dort musste er versorgt werden. Das ist natürlich für moderne Arbeitsmärkte unproduktiv. Damit die Individuen auf dem modernen Arbeitsmarkt mobil sind, ist das Heimatrecht gestrichen worden, die Kommunen besitzen es nicht mehr, die Individuen allerdings auch nicht.

Man muss sich klar machen, dass es folgenreich sein kann, nicht zu einem Staat zu gehören. Meistens beobachten wir den Migranten – jedenfalls den internationalen, wenn er die Staatsgrenze überschritten hat - unter dem Gesichtspunkt, ob er erstens perspektivisch soziale Leistungen in Anspruch nimmt oder ob er zum Bruttosozialprodukt beiträgt. Oder ob der Migrant loyal gegenüber dem Staat ist, in den er einwandert. Das war historisch schon so, als die Polen im 19./20. Jahrhundert eingewandert sind. Sie wurden im Unterschied etwa zu den Italienern als Problem betrachtet, weil sie im neu gegründeten deutschen Staat unter dem Verdacht standen, einen eigenen Staat gründen zu wollen, da sie selbst keinen hatten. Wenn wir sagen, dass das Problem heute nicht mehr existiert, müssen wir nur über die gegenwärtige Diskussion nachdenken, ob der muslimische Migrant loyal ist.

Wir rufen uns also in Erinnerung: der Migrant, auch der internationale, tut eigentlich etwas, was in der modernen Gesellschaft dazugehört: Er folgt einer institutionalisierten Erwartung, er geht dahin, wo er arbeiten kann. In der modernen Gesellschaft stoßen wir auf ein merkwürdiges Spannungsverhältnis zwischen den Erwartungen an die Individuen, mobil zu sein und den permanenten und wiederkehrenden Anstrengungen, diese Mobilität wieder einzuschränken. Das ist die Migrationskonstellation der Gegenwart in Deutschland, in Europa, in den USA.

Wann immer wir über Migranten sprechen, geht es um dieses Spannungsverhältnis: Wollen wir sie haben, wie viele brauchen wir, und welche Folgen werden wir uns einhandeln, wenn wir sie haben wollen? Ganz unabhängig davon, was wir wollen und was wir können, findet Integration zur einer bestimmten Zeit ohnehin statt. Migranten sind also Personen, die das tun, was von allen erwartet wird: Sie sind mobil zum Zwecke der Realisierung von Teilnahmechancen. Wie kommt dieses Problem nun in den Kommunen an?

Wenn man sich in Erinnerung ruft, welche Migrationsströme es in Deutschland gegeben hat, von den Flüchtlingen und Vertriebenen über die Arbeitsmigranten, die Asylbewerber bis zu den Saisonarbeitern, dann kann man am Ende gar nicht mehr feststellen, wer nun Migrant ist und wer nicht. Das verunsichert, weil es klar macht: Wir sind mit einer Gegenwart konfrontiert, in der man

sich nicht mehr vorstellen kann, dass Migration und alles was darauf folgt, etwas ist, das eines Tages vorüber sein wird.

Man muss vielmehr davon ausgehen, dass man es in allen Bereichen des Lebens in Deutschland mit Migranten zu tun haben wird. In den Schulen findet man zu einem oder gar zu zwei Dritteln, vielleicht zu 80 Prozent, Kinder aus Familien, die wir als Migranten identifizieren. Inzwischen sagen wir, ein Fünftel der Bevölkerung sind Migranten. Die Erkenntnis, dass Integration - nicht nur für Migranten, aber eben auch für sie – riskant sein kann, geht mit einer anderen einher: In den 90er Jahren wurde klar, dass man den gemütlichen bundesrepublikanischen Sozialstaat alten westdeutschen Zuschnitts nicht einfach fortsetzen kann, sondern umbauen muss. Der Streit darüber, wie man ihn umbauen muss, läuft merkwürdig parallel zu der Debatte, welche Folgen Integration hat. Alles was wir in der Integrationsdiskussion finden, finden wir in der Diskussion über den Wohlfahrtsstaat wieder.

Das Fordern und das Fördern, ist eine Formel die aus Großbritannien in Deutschland eingewandert ist und die den sogenannten aktivistischen Wohlfahrtsstaat meint. Die Wohlfahrtsstaaten haben schon immer - und sie tun es jetzt verstärkt, insbesondere auf dem europäischen Kontinent - Leistungen mit der Erwartung verknüpft, dass sich Individuen an Märkten ausrichten. Unterstützt werden Sie also in dem Maße, wie Sie bereit sind, in die Märkte einzutreten, um sich dort um Einkommen zu bemühen. Deshalb ist dann auch Bildung so bedeutsam. Individuen können auf Arbeitsmärkten nur konkurrieren, wenn sie gebildet sind – insbesondere auf so genannten Dienstleistungsarbeitsmärkten der so genannten Wissensgesellschaft. Wenn Sie im Bildungssystem scheitern, dann ist Ihre Karriere auf Arbeitsmärkten gebrochen. Und je mehr das der Fall ist, um so mehr werden Sie abhängig von Unterstützungsleistungen.

Integrationspolitik in bezug auf Migranten ist ein Versuch, die besondere Situation, die aus Migration resultieren mag, mit den Mitteln des aktivierenden Wohlfahrtsstaates zu bearbeiten. Migranten sollen sich in ihrer Lebensführung auf Märkte ausrichten. Das Fordern und Fördern im Sinne des Spracherwerbs, der beruflichen Ausbildung etc. ist daran orientiert, dass es den Individuen - wenn Ihnen der Zutritt zu Bildung und zum Arbeitsmarkt gelingt - eben auch gelingt, einen Teil des modernen Versprechens zu realisieren und ein autonomes Leben zu führen.

Inwieweit gelingt es den zentralen Einrichtungen, die Chancengleichheit versprechen, dieses Versprechen auch zu halten? Die Empirie dieser Einrichtungen ist nur begrenzt ermutigend. Moderne Bildungssysteme sind mehr oder weniger erfolgreich bei der Realisierung dieses Versprechens. Für mich sind es Ausgangsbedingungen für Individuen, dass sie auf die Welt kommen und nicht daran gehindert werden, in ein Bildungssystem einzutreten, sich dort mit Wissen, Können und Fertigkeiten auszustatten, um dann auf Märkten bestehen zu können. Das Bildungssystem der Bundesrepublik - und nicht nur dieses – ist dadurch gekennzeichnet, dass es mit einer ziemlichen Stabilität dafür sorgt, dass Herkunft eine bedeutende Rolle spielt. Kinder, die aus so genannten bildungsnahen Familien kommen, sind im Bildungssystem eben erfolgreicher als Kinder aus so genannten bildungsfernen Familien. Auch das gilt unabhängig davon, ob jemand Migrant ist oder nicht. Es betrifft aber insbesondere Migranten. Man muss leider feststellen, dass Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund – intern noch mal erheblich differenziert aber mit einer hoher Wahrscheinlichkeit - eher in eine Hauptschule gehen als eine Realschule oder auf ein Gymnasium. Wenn sie dann die Schule beendet haben ist, treten sie mit weniger Erfolg in den beruflichen Ausbildungsprozess ein.

Was ist vor diesem Hintergrund in der kommunalen Integrationspolitik zu tun? Zu Beginn sagte ich, dass vieles von dem, was die Bedingungen ausmacht, um vor Ort integriert zu sein, nicht lokal bestimmt ist. Das heißt aber nicht, dass man lokal nichts tun kann! Freilich muss man sich in Erinnerung rufen, dass Politik nicht integriert, außer wenn es um die Frage geht, ob Individuen Staatsbürger werden können. Da geht es um die Integrationen in das politische System. Politik kann Gesetze beschließen, Geld und Symbole verteilen. Aber sie integriert nicht mit politischen Entscheidungen. Integriert wird man auf dem Arbeitsmarkt oder in Bildungssystemen oder eben in der Familie. Politik kann versuchen, diesen Prozess zu gestalten.

Die letzten Jahre sind nicht dadurch gekennzeichnet, dass uns besonders viele neue Programme eingefallen sind. Sie sind auch nicht dadurch gekennzeichnet, dass der Ressourcenaufwand enorm nach oben gefahren wurden - obwohl hier einiges passiert ist. Bemerkenswert ist jedoch die symbolische Mobilisierung aller Betroffenen für die Frage der Integration. Das ist etwas spezifisch Deutsches. Ich kann mich nicht erinnern, in irgendeinem Land in Europa so etwas beobachtet zu haben wie einen Integrationsgipfel. Wenn ich auf Konferenzen im Ausland erzähle, dass wir das Integrationsland sind, dann ist man überrascht. Niemand behauptet, dass es falsch ist, aber man fragt, wie man auf die Idee kommt, das auszuflaggen.

Im Ausland hat man eben realisiert, dass Migranten das Regelpublikum politischer Entscheidung, der Verwaltung, des Erziehungssystems, der Wirtschaft sind. In Deutschland hingegen betrachten wir Integration noch als Ausnahmezustand. Im Moment sind wir dabei, Integration für ein zentrales Thema zu halten. Ich würde das natürlich unterschreiben. Unsere Antworten auf die Frage: Was können wir denn tun? sind allerdings erstaunlich konventionell. Die Institutionen, die sich damit beschäftigen, haben schon immer Kinder oder Jugendliche gefördert, individuell und in Gruppen. Außer der Erkenntnis, Wir müssen mehr tun! fällt uns jedoch nicht viel ein. An dieser Erkenntnis könnte ja etwas dran sein. Aber ich glaube, dass wir diese Diskussion wahrscheinlich nur sinnvoll führen können, wenn wir die Frage stellen, ob wir die Themen mindestens so auf die Tagesordnung bringen, wie sie dorthin gehören. Und dann müssen wir fragen: Was könnte man mit Mitteln der kommunalen Integrationspolitik tun?

Im Bereich der Kindergärten braucht man im Moment niemanden zu erklären, dass es wichtig ist, dass Kinder frühzeitig dorthin gehen, und das gilt auch nicht nur für Migranten. Man kann nachweisen, dass bei Kindern die drei Jahre lang im Kindergarten waren, ziemlich unabhängig von der Qualität der Kindergärten etwa im Hinblick auf Sprache die Unterschiede weitgehend verschwinden. Deswegen haben die Kindergärten trotzdem noch ein Problem. Es ist das, was mit PISA zum Thema gemacht worden ist, der Schulerfolg. Einer der sichersten Indikatoren für den späteren Schulerfolg ist, ob Kinder in der Grundschule das Schreiben und Lesen lernen. In Deutschland sind aus historischen Gründen die Kindergärten bei den Kommunen angesiedelt und nicht formal Bestandteil des allgemeinen Bildungssystems, weil sie ursprünglich zur Armenfürsorge gehörten. Erst in der Gegenwart wurden sie zu einer Bildungseinrichtung, die jeder besuchen muss.

Wenn Sie sich die Ausbildung, die Arbeitsbelastungen und die Personalbesetzung in den Kindergärten anschauen, dann kann man nur sagen: Diese Frage ist nicht gelöst. Wir haben dort kein professionalisiertes Personal. Wenn Sie die Diskussion ernsthaft führen würden, müssten Sie über Ausbildungsgänge, über Bezahlung sprechen, auch über Trägerschaft. Und wenn Sie jetzt alle nicken, dann frage ich: Wie ist das in den Wohlfahrtsverbänden, bei den freien Trägern, in den Kommunen? Welche Folgen wird es wohl haben für die Finanzierung der jeweiligen Kindergartenstruktur? Da

stehen Auseinandersetzungen über die Reorganisation des Kindergartenbereiches, also eines Elementarbereichs, an.

Es spricht natürlich nichts dagegen, weiter Kinder zu fördern, und es gibt eine ganze Reihe guter Projekte in Kommunen, wie man Kinder vor der Grundschule an Schrift und Ähnliches heran führt. Aber wenn Sie das in den Elementarbereich implementieren wollen, müssen Sie die Frage beantworten, wie Sie es zu einem Teil des allgemeinen Bildungssystems machen wollen. Auf der Ebene der Grundschule kann man das fortsetzen. Die Grundschule ist eine Einrichtung, die dafür sorgt, dass die Kinder das Lesen und Schreiben trotz ihrer Herkunft lernen. Das ist vielleicht leicht zugespitzt. Wir führen gegenwärtig ein Forschungsprojekt zu der Frage durch, wie Kinder Schreiben lernen und wie Lehrer damit umgehen. Die Brötchen kaufen kann jeder Migrant ohne jeden Sprachunterricht. Für Migranten, insbesondere Kinder ist es bedeutend, die Schriftsprache zu lernen. Es ist - nicht nur bei Migrantenkinder, sondern auch bei den anderen - bedeutsam für den Bildungserfolg, ob sie das Schreiben und Lesen gelernt haben. Solange wir es angehenden Lehrern jedoch erlauben, schon in der Ausbildung dem auszuweichen, indem sie Seminare für Literatur und ähnliches besuchen, solange umgehen wir das Problem der Qualifikation.

Für die Kommunen stellt sich die Frage, was können sie eigentlich tun, wenn sie beobachten, dass sie Überweisungstraditionen in Schulen haben. Es gibt Schulen, bei denen können Sie feste Beziehungen zwischen Grundschulen und Hauptschulen, Grundschulen und Gymnasien beobachten. Die Bereitschaft, das zum Thema zu machen, gehört meines Erachtens auch zu dem, was kommunale Integrationspolitik neben allem anderen leisten kann. In der beruflichen Ausbildung hat man ohne Schulabschluss ziemlich schlechte Chancen auf einen guten Ausbildungsplatz. Ein Migrant hat selbst mit einem guten Abschluss immer noch schlechtere Chancen.

Das Vergeben von Stellen hat in Organisation ohnehin einen hohen Trend zur Diskriminierung. Das kann gar nicht anders sein. Wenn Sie jemanden einstellen und Sie haben eine bestimmte Bewerberzahl - egal, ob es um die Besetzung einer Professur oder eines Ausbildungsplatzes geht – dann gibt es zu Beginn 100 Bewerber. 40 von ihnen kommen schon mal nicht in Frage. Dann schauen Sie weiter in die Unterlagen, schon wieder sind 20 weg. Dann sind es nur noch 40. Sie lassen ein paar Schriftstücke kommen, und wieder sind es 20 weniger. Von den restlichen bleiben sechs bis acht übrig. Die Annahme, dass es nur ein wirklich passendes Individuum für eine zu vergebende Stelle gibt, ist eine Annahme, die so sicher nicht zutrifft. Sonst würde man sich wundern, dass meine Professur überhaupt weiter betrieben kann, wenn ich eines Tages umfalle. Organisationen funktionieren genau so: Wenn Sie nicht mehr da sind, macht es jemand anderes. Wie wird das Problem gelöst? Es wird von denen gelöst, die Gesichtspunkte ins Spiel bringen, die dann für bedeutsam gehalten werden. Zum Beispiel: Ich glaube, mit dem können wir gut. Oder: Von dem habe ich gehört, dass er ein paar Sachen gemacht hat, die könnten wird gut gebrauchen ... So wird durch Entscheider ein Problem, gelöst, das eigentlich nicht endgültig und logisch entschieden werden kann.

Wenn das generell gilt, dann bedeutet es eigentlich, dass es keinen Sinn macht, sich über die Frage auseinander zusetzen, wie diese oder jene Stellenbesetzung zustande kam. Man muss stattdessen fragen, warum in bestimmten Kommunen, bei bestimmten Arbeitgebern, bestimmte Personen über einen längeren Zeitraum nicht vorkommen. Dass jemand für diese oder jene Stelle nicht gepasst hat, kann ja sein. Aber dass fünf Jahre lang nie einer gepasst hat, ist überraschend. Eigentlich hat man damit Erfahrung aus der Frauengleichstellungspolitik.

Es bietet sich an, danach zu fragen, wieso über längere Zeiträume bei Stellenbesetzungen eigentlich keine Migranten vorkommen. Wenn Sie das zum Thema machen wollen – man kann es vom Bildungsbereich bis zur Ausbildung und in den Kommunen betrachten -, dann müssen Sie sich fragen: Wie sehen bei uns die Zulassungen für die Ausbildungs- und die Arbeitsplatzverhältnisse aus? Sie können keine Organisation zwingen, irgendjemanden einzustellen. Aber Sie können es von Jahr zu Jahr zum Thema machen. Und sie können versuchen, die Betroffenen dafür zu gewinnen, dass das ein Problem ist, wenn man langfristig, ohne dass es einen guten Grund hat, dafür sorgt, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen nicht vorkommen.

Sie können auf der Ebene der Kommunen keine Gesetze beschließen, aber Sie können das, was es an formalen Rahmenbedingungen gibt, kreativ durchsetzen. Das reicht vom Elementar- über den schulischen Bereich, es betrifft den Arbeitsmarkt und die klassischen Felder Familie und Jugendarbeit.

Kommunen sind potenziell so etwas wie Moderatoren von Integration. Sie können fragen: Wie steht es um die Migranten im Bildungsbereichen, in der Ausbildung, auf dem Arbeitsmarkt und im Gesundheitswesen? Vor allen Dingen müssen sich die Kommunen fragen: Wie können wir dafür sorgen, dass wir bestimmte Strukturprobleme lösen. Es ist wichtig, dass sich ein Bürgermeister oder ein Dezernent regelmäßig mit den Betroffenen trifft und über diese Frage verhandelt. Ich kann das für Ihre Stadt schlecht beurteilen, aber aus der Stadt, in der ich lebe, weiß ich, dass man seit Ende der 80 Jahre herauszufinden versucht, wie die Karrieren der Schüler in den weiterführenden Schulen verlaufen, und was die Kommune dafür tun kann, dass Migranten das Abitur schaffen. Das genügt nicht für ein, zwei Jahre, diese Arbeit muss kontinuierlich und über einen längeren Zeitraum stattfinden. Man benötigt eine entsprechende Trägerstruktur. Im Falle meiner Stadt arbeiten übrigens ehemalige Migrantenschüler, die inzwischen ihr Studium abgeschlossen haben, in Maßnahmen mit, bei denen es darum geht, die Durchlässigkeit für alle Schüler zu verbessern.

Wenn man Kommunen als Moderatoren der Integrationspolitik begreift, auch in Bereichen, für die sie selbst nicht zuständig sind - also Schule, Arbeit, Ausbildung - dann müssen sie sich einmischen, es zum Thema machen. Wenn man für die Integration im Arbeitsmarkt die Unternehmen vor Ort nicht mobilisieren kann, dann ist man am Ende für die zuständig die aus dem Arbeitsmarkt herausgefallen sind. Die Kommunen müssen Integration also im eigenen Interesse wiederkehrend zum Thema machen. Unternehmen finden das einerseits lästig, andererseits gibt es im Moment - jedenfalls nach meiner Beobachtung - dort eine Bereitschaft, diese Fragen zu diskutieren.

Mobilisierung und permanente Aufbruchstimmung hält man nicht ewig durch. Irgendwann verschwinden wir wieder in der Routine des Alltags. Dann kommt es darauf an, einiges etabliert zu haben, für das man nicht diese Dauermobilisierung braucht. Wenn die Integration ein langfristiger Prozess ist, ist es ziemlich unwahrscheinlich, dass man die Dauermobilisierung durchhält. Also müssen wir Integration routinisieren.

Nach dem Gipfel warten die Niederungen der Praxis

Auswertung des Integrationsgipfels durch Prof. Dr. Klaus Geiger, Kassel

„Integration findet in der Kommune statt“ bzw. „Integration findet im Stadtteil statt“. Prof. Dr. Michael Bommers und Gari Pavkovic haben in ihren Vorträgen darauf hingewiesen, dass diese Behauptungen, die sich in allen aktuellen Politikerreden zur Integrationspolitik finden, bestenfalls halb richtig sind. Kommunen haben keine legislative Macht. Zuwanderungsgesetze, Arbeitsmarktpolitik, Bildungspolitik werden in Bundestag und Länderparlamenten beschlossen, und sie setzen den Rahmen, innerhalb dessen die Lebensverhältnisse und die Beziehungen von Einheimischen und Eingewanderten in Kommune und Stadtteil sich gestalten. Dennoch hat auch die kommunale politische Ebene vielfältige Möglichkeiten, Integrationsprozesse zu fördern. Was Stadtpolitik tun kann, auch dafür haben die einleitenden Vorträge wertvolle Beispiele gegeben:

- *Sie kann gewährleisten, dass in allen Ämtern Menschen mit Migrationshintergrund und ihre Interessen in vollem Umfang berücksichtigt werden.*
- *Sie kann sicherstellen, dass hierzu das Wissen über die besonderen Bedürfnisse und Erwartungen dieser Menschen in den Ämtern vorhanden ist, ihre Angestellten im Umgang mit Zugewanderten erprobt sind.*
- *Sie kann in allen ihrer Regelung zugänglichen Bereichen Programme für eine zusätzliche Förderung der Zugewanderten erproben – und diese dann in Regelangebote überführen. Dies gilt für die Bereiche Bildung, Arbeitsförderung, aber auch für den Kulturbereich.*
- *Das bedeutet auch, dass bei Ausbildung und Stellenbesetzung Menschen aus Zuwanderungsgruppen besonders berücksichtigt werden. Und zwar aus einem doppelten Grund: um beispielhaft die berufliche Integration dieses Bevölkerungsteils zu fördern, und um die eigene Kompetenz zu erhöhen, Bedürfnisse von immerhin 20 Prozent der Bevölkerung zu befriedigen.*
- *Städtische Politik muss sich um die Verbesserung der Situation in den Stadtteilen kümmern, in denen in besonderem Maße Einheimische und Zugewanderte zusammen leben.*
- *Städtische Politik muss vor allem auch Integration als wichtige gemeinsame Aufgabe sichtbar machen, für Integrationshandeln werben.*

Die Stadt Kassel beginnt in der kommunalpolitischen Unterstützung von Integration keineswegs bei Null: In Kassel gibt es einen Ausländerbeirat, der früher als die anderen demokratisch legitimiert war. Hier gibt es einen Aussiedlerbeauftragten und seit Beginn dieses Jahres auch eine Integrationsbeauftragte. Die Stadt hat mit ihren Mitteln die Existenz von Institutionen gesichert, welche im Bildungs- und Beratungsbereich mit Migranten arbeiten, auch dort, wo das Land Hessen seine Unterstützung eingestellt hat. Und die Stadtverordneten haben seit den 80er Jahren Handlungsprogramme verabschiedet, die zuerst hier lebende Ausländer, inzwischen aber alle Menschen mit Migrationshintergrund, d. h. auch Aussiedler und Eingebürgerte, im Blick haben. In diesen Handlungsprogrammen sind bereits alle wesentlichen Selbstverpflichtungen enthalten, die inzwischen der Nationale Integrationsplan den Kommunen empfiehlt.

Freilich war mit den Programmen bisher nicht verknüpft, was im Nationalen Integrationsplan zu Recht gefordert wird: Monitoring und Evaluation. Das bedeutet, dass weder eine Überprüfung der Umsetzung, noch deren beratende Begleitung, noch eine Erfolgskontrolle stattgefunden haben. Außerdem musste die bisherige Planung städtischer Integrationsarbeit noch ohne exakte Datengrundlage auskommen, da die Statistiken – über Einwohnerzahlen in Stadtbezirken oder Schüler und Schülerinnen eines Schulzweiges – nur die Unterscheidung Deutsche/Ausländer kannten. Hier liegt noch eine schwierige Aufgabe. Schließlich hat es die Stadt Kassel bisher versäumt, der Integrationspolitik die notwendige Öffentlichkeit zu verschaffen und damit Motivation im zivilgesellschaftlichen Bereich aufrechtzuerhalten und zu verstärken. So ist das letzte Handlungsprogramm, sein Inhalt, ja seine Existenz – wie ich feststellen musste – nicht einmal in den Stadtverordnetenfraktionen hinreichend bekannt, obwohl es einstimmig verabschiedet wurde. Der heutige Integrationsgipfel verleiht dem wichtigen Thema der Integration endlich die notwendige Sichtbarkeit.

Ich bin gebeten worden, die wichtigsten Anregungen und Forderungen aus den Arbeitsgruppen vorzutragen, die während des Integrationsgipfels getagt haben. Da ich jeweils nur kurz in die Gespräche hineinhorchen konnte und mir nur wenig Zeit blieb, die Ergebnisprotokolle der Gruppen durchzuschauen, werde ich dieser Aufgabe nur unzureichend nachkommen können. Eine genaue Aufarbeitung der Diskussionen muss in den Ämtern der Stadtverwaltung geschehen.

Bevor wir uns aber den thematischen Bereichen der heute tagenden Arbeitsgruppen zuwenden, ein paar allgemeine Beobachtungen, die sich aus der vorausgehenden Befragung der Initiativen und Vereine ergeben: 1. Viele der Befragten weisen auf die schwierigen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen hin, in der sie ihre Arbeit verrichten – auf Bedingungen im Staatsbürgerrecht oder im Asylbewerberleistungsrecht, auf Armut, Arbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel, auf die beschränkten Mitbestimmungsrechte und die fehlende Akzeptanz von Migranten. 2. Fast auf jedem Erhebungsbogen von Initiativen und Vereinen wird die unzureichende Finanzierung beklagt; es fehlen Stellen, Räume, Gelder für weitere Aktivitäten. 3. Die Wünsche an die Stadt lauten – neben dem Wunsch nach finanzieller Unterstützung: Vernetzung von Ämtern, Politik und Vereinen sowie interkulturelle Kompetenzen in den Ämtern, in denen man sich mehr Mitarbeiter mit Migrationshintergrund wünscht. 4. Schauen wir uns an, ob eher Mädchen und Frauen oder Jungen und Männer Nutznießer der Integrationsangebote sind, so fällt auf, dass sich in allen Bereichen – von Sprachförderung bis Gesundheit – mehr Angebote an weibliche Personen richten. Das dürfte gut begründet sein. Ob es aber auch notwendig und sinnvoll ist – darüber wäre noch zu diskutieren, wenn wir z. B. im Bereich Bildung feststellen, dass männliche Kinder und Jugendliche größere Probleme haben als weibliche.

AG Bildung

Die Forschung der letzten Jahre hat folgende Probleme aufgezeigt, und der Deutsche Bildungsbericht hat sie dokumentiert: geringere Leistungen von Kindern aus Migrantenfamilien im Vergleich zu Kindern von Einheimischen, aber auch Benachteiligungen bei der Bewertung ihrer Leistungen, vor allem bei Übergangsempfehlungen in eine weiterführende Schule; von daher eine erhöhte Zahl von Schulabgängern ohne Abschluss und eine hohe Zahl von Abgängern mit Abschlüssen, die auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt immer weniger Wert haben. Als Gründe hierfür gelten: die Ideologie vom erfolgreichen Lernen in homogenen Gruppen und damit begründet die Aufteilung der Kinder

nach „Begabungstypen“ in getrennte Schulformen; die mangelhafte Berücksichtigung der Themen Migration und interkulturelles Lernen in der Lehrerbildung ; mangelhafte Kompetenz, mit heterogenen Gruppen umzugehen (insbesondere in den weiterführenden Schulen); aber auch Mängel bei Eltern in ihrem Wissen und in ihrer Unterstützungskompetenz (und das bei sehr hohen Erwartungen an die Leistungen ihrer Kinder und die Leistungen der Schule). Dabei kann die Stadt im Bereich „Schule“ nur ergänzend zu staatlicher Politik tätig werden (durch ergänzende Förderprogramme für Schüler und Elternförderung).

Erwachsenenbildung: Als Träger der Volkshochschule und Kooperationspartner anderer Institutionen kann die Stadt die Integration auch im Bereich der Erwachsenenbildung befördern. Dabei geht es um Deutsch-Kurse, aber auch um die Einbeziehung von Menschen aus Migrantengruppen in das Bildungsangebot insgesamt, und es geht um Angebote für Einheimische (Wissensvermittlung über Kulturen und Religionen, Einüben in interkulturelle Kompetenzen, Aufklärung über nationalistische und rassistische Ideologien und Bewegungen)

Die AG Bildung fordert von der Stadt, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass der Hessische Bildungs- und Erziehungsplan umgesetzt werden kann, der ein großes Gewicht auf Mehrsprachigkeit und interkulturelles Lernen legt. Außerdem soll in den Stadtteilen der Bedarf an Bildungsangeboten erhoben werden. Drittens wird gefordert, die Steuerungsstruktur der kommunalen Verantwortung im Bildungsbereich neu zu organisieren. Dabei soll auch geprüft werden, welche Mitwirkung die Ortsbeiräte leisten können.

AG Sprachförderung

Ein wichtiges Ergebnis der Diskussion nach PISA war, dass sprachliche Kompetenzen von Menschen mit Migrationshintergrund sowie die Sprachförderung in den Fokus der Diskussion gerückt sind. Zumeist, und das gilt auch für Passagen im Nationalen Integrationsplan, ist die Frage der Integration überhaupt auf die Frage vorhandener oder fehlender sprachlicher Fähigkeiten reduziert worden. Jede und jeder weiß, dass eine solche Sicht die Probleme vereinfacht. Nicht nur sind sprachliche Fortschritte, ist das Sprachenlernen, ist die Motivation hierzu von anderen Faktoren abhängig. Eine internationale Vergleichsstudie hat gezeigt, dass sich Unterschiede in den sprachlichen Fähigkeiten von Minderheitengruppen im Wesentlichen aus *einem* Faktor erklären lassen: aus der Stellung der Gruppe innerhalb der jeweiligen Gesellschaft; kurz gesagt: Sprachenlernen hängt davon ab, inwieweit Menschen sich in ihrer Umgebung anerkannt fühlen. Andererseits wissen wir, dass auch gute Sprachbeherrschung leider noch nicht dazu führt, dass eine Person mit Migrationshintergrund in den Bereichen Bildung und Arbeit die gleichen Chancen erhält wie eine einheimische.

Noch eine weitere Verkürzung der Sichtweise ist festzustellen: Es geht zumeist nicht um Sprachkompetenzen, sondern allein um Kenntnisse in der deutschen Sprache, und deshalb auch nur um die Förderung der Fähigkeiten im Deutschen. Das ist aus zweifachem Grund bedenklich: Zum einen ist die Mehrsprachigkeit von Kindern aus Einwanderungsgruppen ein Schatz, den es zu mehren gilt, im Interesse dieser Kinder wie der Gesellschaft; zum andern fördert der Ausbau dieser Mehrsprachigkeit den raschen und erfolgreichen Erwerb der Landessprache Deutsch.

Gleichwohl bleibt festzuhalten: Erfolg im Bildungssystem und in der Arbeitswelt, Teilhabe an gesellschaftlichen Entscheidungen, Kommunikation in Nachbarschaft und Stadtteil – all dies hängt

davon ab, ob jemand die Landessprache beherrscht. Insofern ist jede Bemühung zu begrüßen, diese Kompetenz zu fördern. Die Bedeutung der Förderung von Deutschkenntnissen, aber auch die öffentliche Anerkennung von Einrichtungen, die ein Angebot in dieser Richtung machen, wird aus den Befragungsergebnissen deutlich, welche die Grundlage für die AG Sprachförderung darstellen: Bei fast jedem Angebot haben die Befragten angekreuzt, dass es auch der Sprachförderung dient.

Aus der Arbeitsgruppe kommen drei Forderungen: Erstens wird ein Masterplan für Sprachförderung verlangt. Das meint eine zusammenhängende Planung, die alle Altersstufen und alle beteiligten Institutionen berücksichtigt. Die zweite Forderung lautet, die Entwicklung der Muttersprachen zu unterstützen, die dritte, in allen Bereichen mehrsprachige Kompetenz anzuerkennen

AG Berufliche Qualifizierung und Beratung zur Arbeitsaufnahme

Bei diesem Thema ist die Stadt in mehrfacher Weise zuständig und tätig. Zum einen bildet sie selbst aus. Sie kann daher der Aufforderung der kommunalen Spitzenverbände folgen und bei der Auswahl der Bewerber um Ausbildungsplätze gezielt junge Migranten berücksichtigen. Sie kann ferner bei der Auswahl der Bewerber diejenigen Kompetenzen berücksichtigen, welche Menschen mit Migrationshintergrund in besonderem Maße mitbringen. Zweitens ist die Stadt Trägerin von Einrichtungen und Institutionen, in denen Menschen ausgebildet werden oder auf Ausbildungen vorbereitet werden. Drittens betreiben die Ämter der Stadt interne Fortbildung; sie sind damit zuständig für die Verbesserung interkultureller Kompetenzen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Viertens kooperiert die Stadt mit weiteren Institutionen, auch im Rahmen von Bundesprogrammen, wo es um Unterstützung in der Aus- und Fortbildung und um Beratung zur Arbeitsaufnahme geht.

Die Arbeitsgruppe fordert eine gezielte und frühzeitige Bildungs- und Familienförderung. Wie in anderen Gruppen wurde angesprochen, dass die verschiedenen Ebenen der Förderung verzahnt werden sollen. Die unterschiedlichen Zuständigkeiten von Stadt und Land zerstörten oft den Zusammenhang von Projektangeboten und verhinderten deren Erfolg. Eine zweite Forderung aus der Arbeitsgruppe: Vorhandene Qualifikationen sollen durch Kooperation der Bildungsträger gefördert werden. In den zuständigen Gremien – etwa der Hessischen Ärztekammer – soll dafür geworben werden, dass bei Zuwanderern die mitgebrachten Qualifikationen anerkannt werden. Die Arbeitsgruppe verlangt ebenfalls einen Masterplan, damit Bildungsträger kooperieren und nicht nebeneinanderher arbeiten. Eine dritte Forderung: Die Stadt solle mit allen ausbildenden Schulen, Betrieben und Institutionen Zielvereinbarungen über Ausbildungsplätze und die für die einzelnen Ausbildungsgänge erforderlichen Qualifikationen abschließen. Auch wird die Einrichtung einer Clearingstelle angeregt, bei der entsprechende Informationen rasch abrufbar sind. Die Stadt solle hierbei moderierend tätig sein.

AG Freizeit und Sport

Der Sport gilt immer wieder als Beispiel für gelungene Integration, und das nicht ohne Berechtigung: Schon früh haben Migrantengruppen eigene Sportvereine gegründet, die mit den anderen Vereinen in Wettkampf traten. Gleichzeitig haben die bestehenden einheimischen Vereine Migranten aufgenommen. Integrationsfördernd ist die Möglichkeit partnerschaftlicher Kooperation und die

Möglichkeit der Anerkennung für Leistungen, und zwar unabhängig von sprachlichen Kompetenzen, die in den meisten anderen Bereichen ein zentrales Kriterium dafür darstellen, ob jemand als gleichberechtigter Partner akzeptiert wird. Gleichwohl gibt es auch im Sport weiterhin Diskriminierungserfahrungen. Was in der politischen Diskussion über Integration bisher weitgehend fehlt, ist eine Ausweitung des Blicks auf den Freizeitbereich insgesamt. - Die Befragung der Sportvereine hat übrigens ein überraschendes Ergebnis gebracht: Über 300 waren angeschrieben, doch kaum einer hat geantwortet.

Auch die AG „Freizeit und Sport“ fordert eine zusammenhängende Planung, welche eine Förderung von der Kindheit bis zum Erwachsenenalter ermöglicht. Statt eines Nebeneinanders verschiedener Programme solle es ein abgestimmtes Angebot geben. Gewünscht wird ein Austausch der Akteure, bei dem die Stadt als Moderator tätig werden könnte. Gleichzeitig gefordert wird eine kleinräumige Vernetzung an der Basis, z.B. eine engere Zusammenarbeit von Schule und Sportverein. Gefordert wird auch eine professionelle Begleitung, welche die Nutzung der Angebote sicherstellt. Eine Forderung geht über den Bereich „Sport und Freizeit“ hinaus und betrifft ein allgemeines Problem: Statt kurzfristiger Projekte sei eine strukturelle Sicherung der Angebote nötig. Der vor Jahren erfolgte Umstieg von einer dauerhaften zu einer Projekt-Förderung habe sich als kontraproduktiv erwiesen.

AG Kultur

Welche Politiker reden über Integration? Es sind die Innenpolitiker; Thema ist die Ausländerkriminalität. Und es sind die Bildungspolitiker; sie beklagen mangelhafte Deutschkenntnisse. Das heißt, immer geht es im öffentlichen Diskurs um Defizite der Menschen mit Migrationshintergrund. Stumm bleiben die Kulturpolitiker, zumindest in Hessen. Dabei gibt es gute Gründe für die Annahme, dass eine Kulturpolitik, welche Eingewanderte im Blick hat, enorm zur gesellschaftlichen Integration beitragen kann. Denn in diesem Bereich geht es nicht um das Fehlende, sondern um das Vorhandene, das weiterentwickelt werden kann. Kultur ist das Besondere, dem öffentlich Wert beigemessen wird. Andere Bundesländer haben das erkannt; viele Städte liefern Beispiele, wie wichtig es ist, folgende zwei Ziele zu verfolgen: zum einen die kulturelle Produktion von Menschen mit Migrationshintergrund anzuerkennen und zu fördern; zum andern, diese Menschen am etablierten kulturellen Leben teilhaben zu lassen. Wie erfolgreich entsprechende Aktionen sind, wie radikal sie skeptische Einwände widerlegen, hat nicht zuletzt die diesjährige Tagung des Deutschen Bühnenvereins in Kassel belegt.

Zur Arbeitsgruppe „Kultur“ haben sich sehr viele Interessierte gemeldet. Das steht in einem seltsamen Widerspruch zu der Befragung: Aus den angeschriebenen Institutionen kam fast keine Rückmeldung.

Die Sitzung der Arbeitsgruppe hat folgendes Ergebnis erbracht: Gewünscht wird eine bessere räumliche und finanzielle Ausstattung der Institutionen sowie deren Beratung durch die Verwaltung. Außerdem müsse die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Institutionen verbessert werden. So sollten Kulturinstitutionen auf Vereine und Schulen zugehen. Ein weiterer Vorschlag: Projekte und Träger sollten dazu übergehen, gemeinsame Veranstaltungen zu organisieren.

AG Religion

Staat und Religion sind in Deutschland seit 1918 getrennt. Allerdings formuliert bereits die Weimarer Verfassung und, darauf aufbauend, das Grundgesetz der Bundesrepublik, was ich eine wechselseitige Unterstützung und Kooperation von Staat und Religionsgemeinschaften nennen möchte. Die Regelung dieses Verhältnisses betrifft allerdings die Bundes- und vor allem die Landespolitik. Hier ist seit Beginn der Bundesrepublik berücksichtigt worden, dass es in diesem Land nicht nur christliche, sondern auch jüdische Gemeinden gibt. Mit großer zeitlicher Verzögerung reagiert Kultuspolitik nun endlich auch auf die Präsenz von Muslimen. Kommune hat in diesem Bereich keine Ordnungsfunktion; sie muss aber alles unterstützen, was das friedliche Zusammenleben der Anhänger der unterschiedlichen Religionen in der Stadtgesellschaft unterstützt, umgekehrt ausgedrückt: Sie muss allen Bestrebungen begegnen, welche unter dem Banner „Kampf der Kulturen“ Konflikte schürt. Sie muss ferner die Religionsgemeinden als Träger von Kulturleistungen und Sozialarbeit wahr- und ernst nehmen. In Kassel bedeutet das die Unterstützung vielfältiger Aktivitäten, die seit Jahren bestehen. Nur ein paar Beispiele: Jüdische, muslimische und christliche Gläubige besuchen sich in ihren Gotteshäusern; Moscheen veranstalten Tage der offenen Tür; die Synagoge lädt zu öffentlichen Veranstaltungen; seit September 2001 finden Friedensgebete statt, an denen Angehörige von fünf Glaubensrichtungen teilnehmen.

Wie die anderen Arbeitsgruppen wünscht sich auch die AG Religion, dass die verschiedenen Akteure in diesem Feld mehr miteinander reden. Ganz konkret wird vorgeschlagen, einen Runden Tisch der Religionen einzurichten, bei dem die Stadt als Moderator fungieren sollte.

AG Senioren

Die in den fünfziger und sechziger Jahren zur Arbeit in der Bundesrepublik angeworbenen Menschen überschreiten die Grenze zum Rentenalter. Viele von ihnen haben einen schlechten Gesundheitszustand. Unter den Aussiedlern, die bei der Einwanderung oft älter waren als die Arbeitsmigranten, gibt es prozentual bereits eine größere Zahl von Rentnern. Generell sind Menschen mit Migrationshintergrund diejenige Gruppe unter den Rentnern, die in den kommenden Jahren am stärksten wachsen wird. Mit Verzögerung stellt sich die Sozial- und Gesundheitspolitik darauf ein. Dabei sind neue Fragen zu beantworten: Was sind die besonderen Bedürfnisse und Erwartungen dieser Gruppen? Wie sind diese im Bereich der Pflege zu berücksichtigen? Was bedeutet die Herkunft aus fremden Kulturen, die Zugehörigkeit zu einer nicht-christlichen Religion für die Pflege? Welche Kompetenzen müssen Menschen in der Seniorenarbeit erwerben, um professionell mit Angehörigen aus Migrantentruppen zu arbeiten? Wie sind Alters- und Pflegeheime zu gestalten, wie die ambulante Pflege? Auch: Wie ist die Stellung der vielen Pflegekräfte aus Migrantengruppen in den Heimen zu verbessern? Daneben: Wie sind Einwanderungsgruppen in eine aktivierende Seniorenarbeit zu integrieren; wie lassen sich Senioren- und Kulturpolitik verbinden?

In der Befragung vor dem Gipfel zeigte sich, dass es für Senioren die wenigsten Integrations-Angebote in Kassel gibt. Die heutige Arbeitsgruppe hat folgende Forderungen aufgestellt: 1. die Vernetzung der Träger von Seniorenarbeit bei Erstellung und Durchführung ihrer Angebote, 2. eine verbesserte Beratung von Seniorinnen und Senioren über Institutionen und Angebote und 3. eine Pflege, die besser als bisher auf die spezifischen Bedürfnisse von Menschen eingeht, welche aus einem anderen Kulturkreis zugewandert sind.

AG Gesundheit

Die Arbeitsgruppe „Gesundheit“ hat ein sehr weites Thema gewählt. Das möchte ich mit ein paar beispielhaften Fragen andeuten: Bestehen die Voraussetzungen, dass in Kassel Menschen mit Migrationshintergrund die gleiche Förderung ihrer Gesundheit erhalten wie Einheimische? Wie sieht es z. B. im Bereich der psychischen und psychosomatischen Leiden aus? Bestehen bei Ärzten, Pflegekräften, Krankenhäusern die notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten, um mit Patienten aus Migrantengruppen umzugehen? Umgekehrt: Haben die Menschen mit Migrationshintergrund genügend Informationen über Gesundheit, Krankheit und Gesundheitswesen? Wie ist die Stellung der wachsenden Zahl von Pflegekräften, die selbst einen Migrationshintergrund haben? Oder eine Frage, die insbesondere viele Menschen aus osteuropäischen Ländern betrifft: Wie steht es mit der Anerkennung beruflicher Erfahrung und Ausbildung im Gesundheitswesen ihrer Herkunftsländer? Wie können Menschen mit Migrationshintergrund für Positionen im Gesundheitswesen aus- und weitergebildet werden?

Die heutige Arbeitsgruppe schlägt vor, eine Tagung zum Thema „Gesundheitsförderung von Migrantenfamilien“ durchzuführen. Außerdem wünscht sie sich eine Clearingstelle, welche den Trägern von Gesundheitsdienstleistungen ebenso wie Patientinnen und Patienten nützen soll. Schließlich sollen mehr Zugewanderte als Beschäftigte im Gesundheitswesen gewonnen werden.

Bilanz und Ausblick

Der heutige Tag hat zunächst symbolische Bedeutung: Die Stadt und der Magistrat haben gezeigt, wie wichtig für sie das Thema „kommunale Integrationspolitik“ ist. Deutlich wurde das nicht zuletzt dadurch, dass trotz gleichzeitig laufender Etatberatungen Oberbürgermeister und Bürgermeister dieser Stadt den gesamten Tag über an dieser Tagung teilgenommen haben.

Konkret hat dieser Tag der Bestandsaufnahme dessen gedient, was in Kassel von wem für Migranten und ihre Familien getan wird. Die vorbereitende Befragung von Institutionen und Organisationen und der Gipfel selbst liefern einen Überblick über die Integrationsarbeit in Kassel, den es in diesem Umfang bisher nicht gegeben hat. Gleichzeitig ist heute die Grundlage gelegt worden für eine intensive Vernetzung zwischen Stadtverwaltung, Institutionen und Organisationen und für eine noch besser koordinierte Integrationsarbeit. Gleichzeitig sehe ich den heutigen Tag als den Beginn einer innerbetrieblichen Fortbildung der Stadt, die zum Ziel hat, in allen Ämtern und bei allen Mitarbeitern interkulturelle Kompetenzen zu erweitern.

Wohin geht es nach dem Gipfel? Abwärts natürlich, abwärts in die Ebenen, wo wir gemeinsam all die Aufgaben zu erledigen haben, die wir von oben, vom Gipfel aus, so klar gesehen haben. Nur dann widerlegen wir die kritische Anmerkung, die sich auf einem der Erhebungsbögen findet, mit denen der heutige Tag vorbereitet worden ist: „Gipfel bringen selten viel; lohnender sind die Niederungen der Praxis.“

Aufgaben für die Praxis formulieren

Abschlussansprache von Oberbürgermeister Bertram Hilgen

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Ich danke Ihnen ganz herzlich dafür, dass Sie so lange dabei waren. Die Reihen haben sich im Laufe des Tages kaum gelichtet. Ich bedanke mich auch bei den Moderatorinnen und Moderatoren, den Berichterstatterinnen und Berichterstattern und bei unseren Referenten.

Wie geht es jetzt weiter?

Wir haben nach dieser Veranstaltung eine Reihe von Materialien für die weitere Arbeit. Es gibt die Ergebnisse der Umfrage, die wir zur Vorbereitung des Integrationsgipfels durchgeführt haben. Wir haben die Berichterstattung aus den acht Arbeitsgruppen, und wir haben den Versuch einer Systematisierung durch Herrn Prof. Geiger. Ich stelle mir vor, dass wir diese Informationen dazu nutzen, um auf der Basis, die die Stadtverordnetenversammlung im Jahr 2004 mit ihrem Beschluss zur Integration geschaffen hat, nun die Aufgaben für die Praxis zu formulieren.

Wir müssen nun zunächst die Anforderungen zusammentragen und definieren, die sich auf der Basis der neuen Informationen ergeben. Diese Wünsche gilt es dann mit dem abzugleichen, was wir bereits umgesetzt haben. Danach stellt sich die Frage, was wir mit welchen Prioritäten und mit einem für die Stadt leistbaren Ressourceneinsatz umsetzen können - das sind aus meiner Sicht in Kürze die Aufgaben, die jetzt vor uns liegen.

Ich denke, dass wir in einigen Bereichen sehr schnell vorankommen werden. So bin ich beispielsweise davon überzeugt, dass der Bereich der interkulturellen Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Stadtverwaltung eine überschaubare Aufgabe ist, die wir zügig umsetzen werden. Bei der Gewinnung von Personal werden wir zukünftig stärker berücksichtigen, dass Bewerber, die eine Einwanderungsgeschichte oder zwei und mehrere Sprachen vorweisen können, eine bessere Qualifikation als andere haben. Und da geht es nicht nur um die Bereiche, die besonders häufig Kontakt mit Menschen ausländischer Herkunft haben.

Ein nächster Schritt wird aus meiner Sicht sein, dass wir die Ergebnisse des Gipfels auch im Kreise der Dezernenten besprechen. Danach werden wir alles in eine Reihen- und Rangfolge bringen. Ich habe heute einige Dinge mitgenommen, zum Beispiel, dass das Thema demografischer Wandel, das wir vor etwa drei Jahren intensiv aufgenommen haben, viele Schnittstellen und Berührungspunkte zum Thema Integration hat. Nach dem heutigen Tag denke ich, dass wir mit dem Ausländerbeirat gut aufgestellt sind. Ein weiteres Beratungsgremium wie in Stuttgart, wo neben dem Ausländerbeirat eine beratende Kommission eingerichtet wurde, sehe ich nicht als sinnvoll an. Die Aufgabenstellung unserer Integrationsstelle ist in erster Linie, Projekte anzuregen und zu kontrollieren, also im Sinne von Controlling, Evaluation und Vernetzung zu arbeiten. Es geht nicht darum, eigene Projekte durchzuführen bzw. operativ zu arbeiten. Ich gehe davon aus, dass auch der vorhandene interdisziplinäre Sachverstand in der Verwaltung genutzt werden kann.

Mir liegt sehr am Herzen, dass wir die politische Diskussion, die sicherlich durch eine solche Konferenz mit angestoßen wird, in der guten Kasseler Tradition im Stadtparlament führen und dass

bei der Frage der Integration kein Streit entsteht. Dazu ist es notwendig, dass wir – auch über Parteigrenzen hinweg – im engen Dialog miteinander bleiben. Ich denke, dass wir dann auch zu vernünftigen und guten Lösungen finden werden.

Ich möchte mich zum Schluss nochmals ganz herzlich bei Ihnen allen bedanken. Wir bleiben im Gespräch - das ist nicht nur daher gesagt, sondern ernst gemeint. Dem heutigen 1. Integrationsgipfel könnte, falls sich dies als sinnvoll erweist, in der Zukunft noch ein weiterer folgen.

Wenn wir die Ergebnisse von heute und die Bestandsaufnahme aufgearbeitet haben, müssen wir erneut miteinander reden, ob wir ein Aktionsprogramm zur Vernetzung der unterschiedlichen Aktivitäten brauchen, das sollten wir auch in einem Kreis wie diesem prüfen. Das verspreche ich Ihnen noch nicht, aber ich denke, es wäre ein vernünftiger Weg.

Probleme sind nicht kleiner, sondern klarer

Von Ralf Pasch, Journalistenbüro Kassel

Ist ein Problem so groß geworden, dass der Überblick verloren zu gehen droht, wird ein Gipfel einberufen. Die Organisatoren einer solchen Veranstaltung erhoffen sich, dass das „Problem“, das dort bearbeitet werden soll, danach ein bisschen kleiner ist. Diejenigen, die zum Gipfel eingeladen werden – die „Betroffenen“ und die, die sich um sie kümmern -, erwarten konkrete Hilfe. So türmen sich vor einem solchen Gipfel dermaßen viele Erwartungen auf, dass er eigentlich nur scheitern kann.

Kassel hatte nun seinen ersten „Integrationsgipfel“. Man könnte den Stadtvätern und -müttern vorwerfen, sie hätten eine solche Veranstaltung längst auf die Beine stellen müssen. Doch man kann diesen Versuch, etwas an der gegenwärtigen Situation zu verbessern, auch anerkennen. Immerhin verhalf der Gipfel zu schlichten, aber richtungsweisenden Einsichten. Etwa der, dass Migration kein Zustand ist, der irgendwann begonnen hat und irgendwann endet, sondern schon seit jeher und auch künftig stattfindet. Das hilft, sich einerseits gelassener, andererseits endlich ernsthaft mit dem Thema zu beschäftigen. Eine Forderung auf dem Kasseler Gipfel lautete dann auch, die Integrationsarbeit zu „routinisieren“, sie also zu einem ganz selbstverständlichen Teil aller Bemühungen zu machen.

Die während des Gipfels präsentierten Praxis-Beispiele aus Stuttgart zeigen, dass andere Städte schon einen Schritt weiter sind. Die dortigen Konzepte, den unübersichtlichen Dschungel an Sprachkursen zu lichten oder mehr Migranten für den Lehrerberuf zu gewinnen, verdienen Anerkennung. Kassel tut gut daran, nicht in Bewunderung zu verharren, sondern von solchen und anderen guten Beispielen zu lernen und sie kreativ weiterzuentwickeln. Stuttgart beweist, dass die Rahmenbedingen zwar durch den Bund und die Länder vorgegeben werden, dass die Kommunen jedoch einigen Spielraum dabei haben, wie sie die Vorgaben in die Praxis umsetzen.

Und so sollte der Erkenntnis, dass die Integration nicht Aufgabe eines Amtes im Rathaus oder einer „Beauftragten“, sondern eine so genannte Querschnittsaufgabe für die gesamte Stadtverwaltung ist, schnell praktische Folgen haben. Immerhin macht die Aussage von Oberbürgermeister Bertram Hilgen Hoffnung, dass es „eine überschaubare Aufgabe“ sei, die Mitarbeiter der Verwaltung interkulturell zu qualifizieren. „Überschaubar“ kann bedeuten, dass diese Aufgabe bald und gründlich erledigt wird.

Der Oberbürgermeister sollte auch beim Wort genommen werden, wenn er in Aussicht stellt, dass Migranten bei der Besetzung von Stellen im Rathaus stärker berücksichtigt werden sollen. Migranten dürfen nicht länger nur die „Kunden“ sein, sie müssen auch zu Akteuren werden – eine weitere Botschaft des Gipfels. Integration funktioniert nur dann, wenn die Menschen, die integriert werden sollen, an diesem Vorgang beteiligt werden. Es gibt inzwischen eine Menge hochqualifizierter Menschen mit einem so genannten Migrationshintergrund. Ihr Wissen muss wertgeschätzt und genutzt werden, das dient dann der Integration in vielfacher Hinsicht.

Es war gut, dass dieser Kasseler Integrationsgipfel stattgefunden hat. Er ist ein Signal, mit dem deutlich gemacht wurde, dass in Sachen Integration vieles anders als bisher laufen muss. Die wichtigen Anstöße, die der Gipfel geliefert hat, dürfen nun nicht im Sande verlaufen. Und statt auf

den nächsten Gipfel zu hoffen, sollten die vielen guten Vorschläge, die in den Arbeitsgruppen entwickelt wurden, nun vor Ort – in den Stadtteilen, den Verwaltungen und Unternehmen – umgesetzt werden. Die Stadtverordnetenversammlung muss mit entsprechenden Beschlüssen den Boden dafür bereiten.

Protokolle der Arbeitsgruppen

AG Bildung

Forderungen:

- Bessere Förderung von Kindern in Kitas
- mehr Sprachprogramme für Kinder
- kleinere Kita-Gruppen, da nur so besser auf die einzelnen Kinder eingegangen werden kann
- bessere Qualifikation und Aufstockung des Personals in Kitas, Bezahlung für das Personal zu gering,
- bessere Zusammenarbeit zwischen Schulen und Kitas, Projekte verknüpfen.
- Bildungs- und Erziehungsplan – Voraussetzungen zur Umsetzung schaffen
- Bedarfsorientierte Erhebung in den Stadtteilen nötig
- Steuerungsstruktur für kommunale Bildungsverantwortung organisieren. Welche Möglichkeiten gibt es für die Ortsbeiräte, dabei mitzuwirken?

Teilnehmende:

Heiser, Axel, Leiter des Ordnungsamtes

Steinbach, Gabriele, Leiterin des Schulverwaltungsamtes

Dr. Wilde-Stockmeyer, Marlis, Stadtverordnete (Fraktion Kasseler Linke.ASG)

Goebel-Feußner, Heidrun, Stadtverordnete (FDP-Fraktion)

Bergmann, Anke, Stadtverordnete (SPD Fraktion)

Diehl-Kahl, Christa, Internationaler Bund

Dr. Ostermann, Klaus, Stadtverordneter (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Meyer-Kluge, Mechtild, Diakonisches Werk, „i-Punkt“ Familientreffpunkt international

Hengesbach-Knoop, Birgit, Frauentreff Brückenhof

Wagner, Eckhardt, Leiter des Hessenkollegs Kassel

Dr. Thießen, Johann, Stadtverordneter (CDU-Fraktion)

Schöne, Katja, Referentin im Dezernat Jugend, Schule, Frauen, Gesundheit

Dr. Quehl, Hartmut, Institut für Sprachen

Lüning, Sandra, Stadtteilmanagement Wesertor

Blutte, Jürgen, ehrenamtlicher Stadtrat

Grysczyk, Christiane, COOLNESSTRAINING

Ledesma, Angelika, Leiterin der Abteilung Kindertagesstätten im Jugendamt

Hallaschka, Gerd, Schulleiter i.R.

Harbusch, Gerhard, Sozialamt

Dr. Hornung-Grove, Marianne, Ortsbeirat Wehlheiden

Gerhold, Frank, Freiwilligenzentrum Kassel

Aydin, Dilruba, Studentin

Birkhahn, Thomas, Jugendamt, Abt. Jugendförderung

Deindörfer, Georg, Max-Eyth-Schule

Doenst, Harald, Ortsvorsteher Südstadt

Denzel, Susanne, Migrationsdienst im Caritasverband

Oberbrunner, Frank, Fraktionsvorsitzender (FDP-Fraktion)

Ihde, Kerstin, Leiterin der Carl-Schomburg-Schule

Birgit Werther, Schlachthof Kulturzentrum

Yildirim, Ibrahim

Alevitische Gemeinde Kassel und Umgebung e.V.

Bierbrauer, Ingeborg

Lieder, Vera und Hedrich, Beate, Frauencomputerschule

Mende, Dirk-Ulrich, Niedersächsisches Ministerium für Inneres, Sport und Integration/ehrenamtlicher Stadtrat

AG Freizeit und Sport

Forderungen:

- Öffnungszeiten von Sportplätze und Vereinseinrichtungen müssen flexibler werden
- mehr Sicherheit für Kinder auf öffentlichen Spielplätzen
- Kontakt der Streetworker (speziell in der Nordstadt) zu ausländischen Jugendlichen verbessern
- Schulen und Vereine müssen besser kooperieren
- mehr Personal für die Integrationsarbeit, Geld darf bei der Diskussion nicht im Mittelpunkt stehen

Teilnehmende:

Böhm, Uwe, Liegenschaftsamt

Schollmeier, Luciana, Migrationsdienst im Caritasverband

Nasemann, Benedikt, Freiwilligenzentrum Kassel

Burmester, Stefanie, 1. Mädchenhaus Kassel 1992 e.V.

Fedon, Eberhard, Ortsvorsteher Oberzwehren

Olsinger, Markus, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Dalmis, Yüksel, Stadt Kassel, Sozialer Dienst

Pollmann, Eike, Konrektor, Mönchebergschule

Klimpel, Peter, SV Hermannia 06 e.V.

Mahlow, Michael, SV Hermannia 06 e.V.

Tewolde, Amanuel, Eritreische Demokratische Jugendunion

Schulz, Bernd, Migrationsdienst im Caritasverband

Conte, Fernando, Migrationsdienst im Caritasverband

Wiese, Claus; Klode, Michael; Fenrich, Markus, Dynamo Windrad FreizeitSportClub Kassel e.V.

AG Gesundheit

Forderungen:

- Viele Angebote im Bereich Gesundheit richten sich an Frauen und werden von Frauen geleitet - Männer sollten verstärkt angesprochen werden
- Bessere Gesundheitsvorsorge für Asylbewerber
- spezielle Kurse für den jeweiligen Kulturkreis
- mehrsprachige Mitarbeiter im Gesundheitsamt
- Vernetzung der Akteure in einem „Gesundheitspool“
- Politische Unterstützung, z. Bsp. durch die Stadtverordnetenversammlung
- Koordinationsstelle im Gesundheitsamt der Stadt einrichten
- Konferenz/Gipfel für „Migranten-Gesundheit“, etwa alle zwei Jahre
- mehr Personal mit Migrationshintergrund in der öffentlichen Verwaltung

Teilnehmende:

König, Elisabeth, Gesundheit Nordhessen

Waldek, Anne, DGB Region Nordhessen

Schultz, Rainer, Aids-Hilfe Kassel

Wettlaufer, Elsbeth, Diakonisches Werk in Kurhessen-Waldeck e.V.

Keding, Anja, Drogenhilfe Nordhessen e.V., „Regenbogen“

Müller, Margret, FDP KV Kassel-Stadt

Aleschewsky, Thomas, Hessischer Flüchtlingsrat

Seere, Syum

Yammiyan, Gülay, Klinikum Kassel

Nas, Aynur, Klinikum Kassel

Zerfaß, Clemens, Klinikum Kassel

Çokokur, Yıldız, Hebamme

Dr. Resai, M. Ismail, Ausländerbeirat Stadt Kassel

Dewender-Kalzor, Helga, Migrationsdienst im Caritasverband

M. O. Akinyemi, African People Convention e.V.

Oguz, Vahiddin, Emekder e.V.

Richter, Angela, stellvertr. Frauenbeauftragte

Gründer-Schäfer, Ingeburg

Micheel, Claudia, Beratungsstelle Kassel für Bewusste Elternschaft e.V.

Dr. Ordu, Arif, Facharzt für Allgemeinmedizin

AG Kultur

Forderungen:

- Verbesserte Arbeitsstrukturen
- Bessere räumliche und finanzielle Ausstattung
- Mehr Beratung von Institutionen durch die Verwaltung
- Bessere Zusammenarbeit
- Kontaktaufnahme von Kulturinstitutionen mit Vereinen und Schulen
- gemeinsame Veranstaltungen und Projekte verschiedener Träger
- Runder Tisch von Kulturschaffenden und Institutionen
- Stelle für die Moderation des Prozesses zur Etablierung der Interkultur und eines entsprechenden Netzwerkes
- Entwicklung eines Handlungskonzeptes zur dauerhaften Realisierung von Interkultur

Teilnehmende:

Busch, Horst, Staatstheater Kassel

Dr. Lasch, Vera, KulturNetz Kassel

Leuer, Oliver, Kulturfabrik Salzmann e.V.

Gerstein, Volkmar, Leiter des Bürgerhauses Waldau

Diehl, Karin, Arbeitsstelle Migration der Evangelischen Kirche Kurhessen-Waldeck

Sprafke, Monika, Ortsvorsteherin Nord-Holland

Güler, Mehmet, Künstler

Scheel, Rüdiger, Koordination Bürgerhäuser

Aydın, Dilara, Studentin

Dr. Link, Alexander, Stadtmuseum

Stähling-Dittmann, Waltraud, Stadtverordnete (CDU-Fraktion)

Song-Boden, Myong-Ree, Ausländerbeirat Stadt Kassel

Eroğlu, Kadri, Ausländerbeirat der Stadt Kassel

Kaufmann, Hannelore, Ortsbeirat Oberzwehren

Stange, Sabine, Künstlerin

ASG Italia Kassel e.V., Di Piazza, Salvatore

Junge, Thomas-Erik, Bürgermeister

Krummenacher, Marco, Kulturhaus Dock 4

Onais, Vincent, International Rehabilitation For African Disables e.V.

Yalcin, Ahmet, Alevitische Gemeinde Kassel und Umgebung e.V.

Shaurer, Theresia, Projekt „Miteinander Leben“, Diakonie-Zentrum Wolfhagen

Gomez, Conchita, Spanischer Elternverein

Dr. Junker-John, Monika, Stadtverordnete (SPD Fraktion)

Hardes, Ralf, Migrationsdienst im Caritasverband

Herbertz-Stoll, Ralf, Musikschule Kassel e.V.

Bremeier, Wolfram, Oberbürgermeister a.D.

Zhu, Jie

AG Religion

Forderungen:

- mehr miteinander, statt übereinander reden
- Runder Tisch „Religion“, der von der Stadt moderiert wird
- Sensiblerer Umgang mit dem Thema nötig, Veranstaltungen wie der Integrationsgipfel sollten nicht an einem Freitag stattfinden, da dies der Gebetstag der Muslime ist

Teilnehmende:

Konrad Hahn, Islambeauftragter der Ev. Kirche

Ayse Gülec, Trainerin für Interkulturelle Kompetenz, Kulturzentrum Schlachthof

Erol, Mustafa, Stadtmoschee

Steinbach, Ingrid, Leiterin des Wohnungsamtes/Citymanagement

Dr. Himmelmann, Markus, Pfarrer, Neue Brüderkirche

Boukhoutta, Seimir

Dr. Brandau, Robert, Pfarrer, Arbeitsstelle Migration der Ev. Kirche von Kurhessen-Waldeck

Bagriaçik, Yahya, Ausländerbeirat der Stadt Kassel

Hempel, Matthias, Pfarrer, Thomaskirche

Simsek, Sevke, Imam (Vorbeter) der Stadtmoschee

Kröning, Stefan, Pfarrer, Kath. Pfarramt St. Joseph

Nachlis, Emilia, Jüdische Gemeinde

Heppe-Knoche, Gabriele, Pfarrerin, Leiterin des Ev. Forums

Drescher-Mattern, Kathrin, Migrationsdienst im Caritasverband

Eryilmaz, Mahmut, Stadtmoschee

Kurt, Dilek, Migrationsdienst im Caritasverband

Örs, Osman, Forum für interkulturellen Dialog e.V.

Gerhold, Christine, Leiterin der Carl-Anton-Henschel-Schule

AG Senioren

Forderungen:

Pflege

- Jährlicher Runder Tisch mit Leitungen von Pflegeheimen der Region
- Pflegestatistik von Bürgern mit Migrationshintergrund
- Mitarbeiter von Heimen und anderen Einrichtungen für den Umgang mit unterschiedlichen Kulturen und Religionen schulen
- Wohngemeinschaften für pflegebedürftige und demente Migranten (muttersprachliches Personal/Betreuung)
- Öffnung der einheimischen Einrichtungen
- weiterer Ausbau der Pflegeangebote für Migranten/innen
- Gleichbehandlung von Pflegeheimen bei der Aufnahme von Patienten aus unterschiedlichen Kulturen

Beratung

- Kontakt zu „informierten“ Migrantengruppen zwecks Beratung aufnehmen
- Beratungsstellen für Migranten/innen zu Fragen der Pflegereform etc. (mehrsprachig) schaffen
- Mehr Reklame für Möglichkeiten der Unterstützung

Treffpunkte

- Treffpunkte für ältere Migranten/innen
- bestehende Seniorenclubs sollten für andere Kulturen offen sein

Vernetzung

- Vernetzung von Krankenhäusern und Pflegeheimen sowie ambulanten Pflegediensten und Beratungsstellen
- Zuwanderer im Seniorenbeirat
- auf gemischte Wohneinheiten achten (Migranten-Deutsche, jung-alt)
- Netzwerk-Partner und Koordinierungsstellen schaffen

Teilnehmende:

Angelika Trilling, Referat Altenhilfe, Sozialamt

Doğan Aydın, Vorstand Ausländerbeirat

Heusinger von Waldegge, Elfi, Stadtverordnete (SPD-Fraktion)

Diederich, Hannelore, Stadtverordnete (SPD-Fraktion)

Jäger, Ute, Bürgerbeauftragte des Landkreises Kassel

Gönenc, Aylin, DRK Kassel Wolfhagen

Kahramann, Feridun, Emekder e.V.

Hornemann, Norbert, Ortsvorsteher Rothenditmold

Rose, Norbert

Wiegand, Barbara, AWO-Kreisverband Kassel-Stadt von 2003 e.V.

Aul, Manfred, Senioren- und Seniorinnenbeirat

Malva, Pasquale, Ausländerbeirat der Stadt Kassel

Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mbH

Schuler-Meißner, Sylvia

Stemmer, Karin, Vereinigte Wohnstätten 1889 eG

Dettmar, Nathalie, Migrationsdienst im Caritasverband

Awung, Stephen, Internationale Rehabilitation für afrikanische Behinderte

Barroso, Rogelio, ehrenamtlicher Stadtrat/Vorsitzender „Spanischer Elternverein Kassel e.V.“

Fricke, Uwe, Ordnungsamt

AG Sprachförderung

Forderungen:

- alle Kinder sollten die Kitas besuchen
- mit Elternarbeit früher als bisher beginnen
- Klassen müssen gemischt sein, Segregation vermeiden
- bessere Übergänge von Kita-Schule und Schule-Beruf
- Ganztagschulen
- Initiativen vorstellen, z.B. Elterninitiative
- Eltern verpflichten, Deutsch zu erlernen
- Mehr finanzielle Mittel
- Frauen durch Kinder- und Frauenärzte über Sprach-/Kinderbetreuungsangebote informieren
- Jugendsprachkurse für Neuzuwanderer gefördert durch die Stadt Kassel
- Teilzeitsprachkurse für Mütter
- Integrationsgipfel muss Konsequenzen haben

Teilnehmende:

Stefan Brieger, Internationaler Bund

Renate Scheppe-Sondermann, Institut Horizonte Kassel

Jakat, Gabriele, Stadtverordnete (SPD-Fraktion)

Doğan, Ali, Spracheninstitut DSI

Hahn, Marina, Frauentreff Brückenhof

Janz, Anne, Stadträtin

Kaiser-Klußmann, Monika, Abendgymnasium und Abendrealschule, Abendhauptschule für Berufstätige

Bildungszentrum zur Förderung der polnischen Sprache, Kultur und Tradition e.V.

Gärtner, Joachim, Institut für Sprachen

Hilgenberg, Andrea, Kinder- und Jugendbücherei

Borbein, Volker, Volkshochschule Region Kassel

Rode, Graziella, Volkshochschule Region Kassel

Hankel, Elke, Haupt- und Bürgeramt

Kılıç, Gülhan, Staatliches Schulamt Kassel

Greiner-Viestel, Volkard, VDGB e.V.

Schäfer, Ida, Vorsitzende des Bundes der Wolgadeutschen

Morell, Anja, Personal- und Organisationsamt

Betts, Jessica

Dickel, Sabine, Leiterin der Grundschule Bossental

Bohnen, Jutta, Migrationsdienst im Caritasverband

Pause, Gudrun, Kulturzentrum Schlachthof

Reich, Volker, Leiter der Unterneustädter Schule

Neuberger, Valentina, BuntStift GmbH

Teklegiorgis, Berhane, Eritreische Demokratische Jugendunion

Tosberg, Burckhard, Verein für Berufs-, Sprach- und Freizeitbildung e.V.

Röser, Bethina, Leiterin der Schenkelsbergschule

AG Berufliche Qualifizierung

Forderungen:

- Kommunikation der Bildungsträger verbessern (Netzwerke sind vorhanden, werden aber nicht genutzt)
- Webseite/Plattform mit Informationen über Träger und Institutionen
- bei der Vermittlung in Ausbildungsplätze muss Chancengleichheit hergestellt werden
- Frühzeitige Bestimmung der Ausbildungseignung und adäquate zielgerichtete Förderangebote
- mehr Präventivansätze in den Herkunftsfamilien und im sozialen Umfeld
- die Rolle der betreuenden Sozialpädagogen im Kontext Integration und Migration muss reflektiert werden (Interkulturelle Kompetenz)
- bereits vorhandene Qualifikationen müssen anerkannt und berücksichtigt werden
- Zielvereinbarung mit der Stadt zum Übergangsmanagement und weitere Vernetzung
- welche Ressourcen hat die Stadt/haben wir für die 70 Prozent der Ausbildungssuchenden die keinen Ausbildungsplatz bekommen (wobei die 70 Prozent genauer analysiert werden müssen)
- gezielte Förderangebote für Frauen müssen geschaffen werden (speziell: welche Fördermöglichkeiten/Qualifizierungen gibt es für Mütter?)
- für Frauen müssen mehr Teilzeitbeschäftigungsangebote geschaffen werden
- Schulabschlüsse müssen nachgeholt werden können

Teilnehmende:

Kilic, Abidin, Internationales Koordinierungs- und Ausbildungszentrum e.V.

Ruchhöft, Detlef, Sozialamt

Drebes, Sylvia, AWO Bildungsstätte Nordhessen

Dr. Lindecke, Christiane, Leiterin des Frauenbüros Kassel

Paschenko, Svetlana

Dr. Alekuzei, Rabani, Stadtverordneter (SPD-Fraktion)

Freytmuth, Jürgen, Kasseler Entwässerungsbetrieb

Apel, Katrin, KUNST und INTEGRATION e.V.

Uyar-Ommert, Handan, Beratungszentrum für türk. Mädchen, Frauen u. Familien

Hefter, Monika, Arbeitsförderung Landkreis Kassel

Teuber, Gudrun, Schulverwaltungsamt

Schöberl, Karl, Stadtverordneter (Bündnis 90/Die Grünen)

Kimm, Manfred, Geschäftsführung Ausländerbeirat Kassel

Sheljaskow, Elvira, Diakonisches Werk Kurhessen-Waldeck, MEB

Woldemichael, Tuquabo, Ausländerbeirat der Stadt Kassel

Lipschik, Anja, Stadtverordnete (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Saygin, Kamil, Vorsitzender des Ausländerbeirates der Stadt Kassel

Josuttis, Uwe, Netzwerk gegen Gewalt, Regionale Geschäftsstelle Nordhessen

Fleischer, Dirk, Die Stadtreiniger Kassel

Otto, Markus, Max-Eyth-Schule

Ehnig, Michaela, VABIA Vellmar e.V.

Tewes, Helga, Migrationsdienst im Caritasverband

Czellnik, Bernd, Schlachthof Kulturzentrum

Szurpita, Violetta, Diakonisches Werk Kurhessen-Waldeck, MEB

Schneider, Gabriele, Oskar-von-Miller-Schule

Klene, Bernd, VBSF e.V., Verein für Berufs-, Sprach- und Freizeitbildung

Akcay, Gülsen, Bengi e.V.

Schaefers, Meinolf, Caritasverband Nordhessen-Kassel e.V.

Krütt, Karl-Heinz, Leiter der Berufsfeuerwehr Kassel

Schlimme, Anja, Beratungsstelle Kassel für Bewusste Elternschaft e.V.

Lippe, Rainer, EC Kassel Huskies Sportmanagement GmbH

Sievers, Helga, Diakonisches Werk Kassel, Sachgebiet Migration/Flüchtlingsberatung